

Arbeiter-Zeitung

Sonabend 22. Juni 1929
11. Jahrg. Nummer 142

Verl. und Inhalt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummer 10 Pf. Bezugs die Post bezogen monatlich 2,00 RM., unter Einschluß 2,00 RM. Anzeigenpreis: Die gebogenen Stellen 10 Pf. pro Zeile, die geraden 12 Pf. pro Zeile. Die gebogenen Stellen 10 Pf. pro Zeile, die geraden 12 Pf. pro Zeile. Die gebogenen Stellen 10 Pf. pro Zeile, die geraden 12 Pf. pro Zeile. Die gebogenen Stellen 10 Pf. pro Zeile, die geraden 12 Pf. pro Zeile.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 erworben)

Hauptverlag: Breslau 10, Trübner Str. 20. Tel. 260 90.
Belegstellen: Breslau 544, Wehlitzstr. 11, Trübner Str. 20, Tel. 260 90.
Belegstellen: Breslau 544, Wehlitzstr. 11, Trübner Str. 20, Tel. 260 90.
Belegstellen: Breslau 544, Wehlitzstr. 11, Trübner Str. 20, Tel. 260 90.

Neue Geschenke an die Kapitalisten

Genosse Höllein rechnet mit dem Sozialdemokraten Herx ab

(Fig. Ber.) Berlin, 20. Juni.

Auf der Tagesordnung des Reichstages stand am Donnerstag die Beratung der Novelle zum Einkommen-, Vermögens- und Wechselsteuer-Gesetz. Bei dieser Novelle handelt es sich um weitere Steuererleichterungen an die Großkapitalisten. Hilferding drängte auf die schnelle Verabschiedung. Obgleich die kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Besteuerung schon viel länger dem Reichstag vorliegen, sind diese bisher noch nicht zur Beratung ins Plenum gelangt. Als erster Redner sprach dazu

Genosse Höllein

Unter Hilferding jagt ein Finanzskandal den anderen. Jeden Tag erhalten die Besitzenden neue Steuererleichterungen, auch die jetzige Vorlage, die die Unterchrist des Sozialdemokraten Herx trägt, ist die Fortsetzung des frivolen Spiels, das die Herxmann-Müller-Regierung mit den Werktätigen treibt. (Sehr wahr! bei den Komm.) Im Vermögenssteuergesetz des Jahres 1928 war vorgeschrieben worden, daß am 1. Januar 1929 eine Reichsvermögenssteuer zu erheben sei, also die Veranlagung zu dieser Steuer hätte in diesem Jahre erfolgen müssen. Die neue Vorlage sieht die Erleichterung dieser Steuer vor. (Sehr wahr! bei den Komm.) Alle die Vermögenssteuern sind und werden wohl für immer begraben sein. An dem Gebäude-Entschuldungssteuergesetz hat Hilferding die wenigen sozialen Vergünstigungen noch gestrichen. Unbemittelte hatten nämlich bis heute die Möglichkeit, die Hauszinssteuer gestundet zu bekommen. Diese Möglichkeit wird ihnen jetzt von Hilferding genommen. (Hört! Hört! bei den Komm.) Durch die neue Vorlage verzichtet Hilferding auf 40 Millionen Mark Steuern aus den sehr tragfähigen Einkommen. Daneben erfolgt eine weitere Senkung der Wechselsteuer, die einen Ausfall von 2 Millionen Mark bringt. Das Schönste an der Geschichte ist, daß ausgerechnet Herr Hilferding eine Steuer senkt, die bereits im kaiserlichen Deutschland erhoben worden ist. (Hört! Hört! bei den Komm.) 20 Jahre besteht bereits die Wechselsteuer, und bei Sozialdemokraten Hilferding blieb es vorbehalten, sie abzubauen, damit das Bankkapital weiter entlastet wird. Auf diese Weise wird sich Herr Hilferding die Gnade der Bankherren sicherlich noch mehr erringen.

(Sehr wahr! bei den Komm.) Die Senkung der Wechselsteuer ist auch nur der Beginn weiterer Steuererleichterungen. Der größte Skandal aber ist in den vorliegenden Anträgen die neue Steuerbegünstigung bei der Einkommensteuer. Noch am 22. März d. J. wandte sich Herr Hilferding selbst gegen diese Steuerbegünstigung. Inzwischen hat sein Ehrdöckchen etwas gewandelt, und sobald die Schwerindustrie nur eine kleine Erleichterung in die Sie Gelegenheit des Herrn Hilferding bringt, ist Herr Hilferding zu den notwendigen Konzessionen bereit (Heiterkeit), und heute betet er und sein junger Mann, Herr Dr. Herx, das an, was sie gestern noch verbrannt haben. (Sehr wahr! bei den Komm.) Auf der anderen Seite zeigt sich ein immer strafferes System bei der Erfassung der Lohnsteuer, die heute restlos erfaßt und abgeführt wird. Der Proletarier mit seinen Hungerlöhnen muß von jedem Pfennig Verdienst seine Steuer abführen. So ist die Lohnsteuer ein Ausnahmengesetz geworden. Die neue Steuerbegünstigung des Herrn Hilferding für den Besitz beträgt nach den Angaben der Regierung 30-40 Millionen Mark. (Hört! Hört! bei den Komm.) Also 30-40 Millionen Mark hat die Regierung Hilferding übrig für die Steuererleichterungen an die „notleidenden Kapitalisten“, aber zu gleicher Zeit jammert sie über Finanznot und zu gleicher Zeit geht sie daran, die sozialen Ausgaben wesentlich abzubauen. Auch diese neue „soziale Gleichheit“ deckt Herr Dr. Herx mit seinem Namen. Nur eine Sorge kennt die Sozialdemokratie, die Sorge um das Anwachsen der Kapitalmacht, die Sorge um die Niederkämpfung und vernichtendste Ausplünderung des Proletariats. (Bravo! bei den Komm.)

Damit ist die Aussprache beendet. Die Vorlagen werden nach weiterer Aussprache in der Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen angenommen.

Es folgen früher zurückgestellte Abstimmungen zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Etat wird von den Regierungsparteien angenommen, die kommunistischen Streichungsanträge und die Entschuldigungen von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag auf Aufhebung der Steuerlisten, und zwar stimmen hier alle bürgerlichen Parteien für die weitere Vertuschung der Einkommen. Dagegen wird angenommen die Entschließung, die gleichfalls von den Sozialdemokraten unterzeichnet ist, auf Prüfung der Frage einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Der Misstrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding wird von den Regierungsparteien abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Haushaltsgesetzes für 1929. Es spricht noch einmal

Genosse Höllein

der sich besonders mit den Ausführungen des Abg. Herx vom Vortage befaßt. Genosse Höllein führte aus:

In seiner gestrigen Rede hat der Abg. Herx behauptet, daß die Sozialdemokratie auch vor dem Kriege nie gegen Verbrauchssteuern war. Ich habe hier die Beschlüsse des Parteitag der SPD. in Leipzig vom Jahre 1909, in denen ausdrücklich die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle gefordert wird. (Hört! Hört! bei den Komm.) Das ist die historische Wahrheit und Herr Herx wagt ebende Leichenschändung, wenn er jetzt noch die Vergangenheit der Sozialdemokratie bejudelt, um die schamlose Politik seiner Partei von heute zu entschuldigen. Immer wenn eine faule Geschichte zu verteidigen ist, kommen die Helden in Unterhosen, die nicht mehr ganz sauber sind (Heiterkeit) und verweisen auf Sowjetrußland. Diese Walze Sowjetrußland ist Allgemeingut aller revolutionärsfeindlichen Elemente geworden, aber am meisten wird sie gedreht von den Leuten, denen der Spiritus schon längst ausgegangen ist. (Stürmische Heiterkeit!) Herr Herx hat nun gestern gesagt, daß die Massenbesteuerung in Rußland wachse, viel langsamer wachse aber dagegen die Besteuerung des Besitzes. Ich darf Herrn Herx und seinen Freunden doch einige Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen. Ich weiß allerdings nicht, ob es einen Jued hat, an das Gedächtnis dieser Herren zu appellieren. Aber es sollte ihnen bekannt sein, daß in der Sowjetunion die Schwerindustrie zu 100 Prozent Staatsbesitz ist und die übrige Industrie zu gut 90 Prozent im Besitz der Allgemeinheit ist. Die Sozialisierung wächst also mit Riesenschritten. Wenn in Sowjetrußland der Anteil der Besteuerung dennoch um 50 Prozent gestiegen ist, so bedeutet das, daß die wenigen Privatkapitalisten noch verschärfter zur Steuerzahlung herangezogen werden als in den vergangenen Jahren. Wenn daneben noch Massensteuern erhoben werden, so dienen diese Steuern zum raschen sozialistischen Aufbau und nicht, wie in Deutschland, zur Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutersystems. (Sehr gut! bei den Komm.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Herx glaubte eine ganz besondere Schlaueit zu entwickeln, als er als Entschuldigung für die schamlose Haltung seiner Partei auf die „Verjährung“ der öffentlichen Betriebe in Rußland hinwies. Was versteht er'n Herrchen davon (Heiterkeit). Hier in Deutschland will man die Versorgungsbetriebe abdrosseln, um sie endgültig den Kapitalisten auszuliefern. Die Sozialdemokraten bieten ihre Hand zu diesem freibrieflichen Spiel. In Sowjetrußland baut man in den letzten Jahren grandiose Betriebe in allen Teilen des Reiches auf. Und wenn man sich bei dem Ausbau der Gemeindebetriebe noch ausländischen Kapital bedient, so ist das eine Maßnahme, die dem Aufbau des Sozialismus dient. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Die Sowjetunion macht nur Konzessionen auf kurze Dauer, um zu gegebener Zeit die Betriebe gänzlich freizumachen von ausländischen Kapitalisten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wenn Herr Herx sich gestern als Ritter Fallstaff hinstellte und sein Pappschwert Schwang (Heiterkeit im ganzen Hause), er werde niemals der Besteuerung der öffentlichen Betriebe zustimmen, so kennen wir die Weise, so kennen wir den Text und den armseligen Verfasser. (Sehr gut! bei den Kommunisten und Heiterkeit.) Herx hat schon oft von der Tribüne Stein und Bein geschworen, und so oft er geschworen hat, hat er seinen Schwur gebrochen. Die Volkspartei braucht Herrn Herx nur ein klein wenig ins Gedränge zu bringen, und schon macht er das Gegenteil von dem, was er vorher geschworen hat. Schwüre in der SPD. sind eine sehr faule Geschichte. Es gibt keinen Schwur, den die Sozial-

Die Immunität von 25 SPD.-Abgeordneten aufgehoben!

Hamburg, 20. Juni. (Fig. Bericht.)

Die Hamburger Bürgerschaft beschloß in ihrer letzten Sitzung auf Antr. des Geschäftsordnungsausschusses mit den Stimmen der Sozialdemokratie und der übrigen Parteien der Senatskoalition die Aufhebung der Immunität der gesamten kommunistischen Fraktion. Diese ungeheuerliche Maßnahme, für die sich die sozialdemokratischen Wortführer in der Diskussion mit allen Mitteln einsetzten, wurde damit begründet, daß die in Frage kommenden Abgeordneten in der Sitzung der Bürgerschaft vom 12. Dezember 1928, bei ihrer Entfernung aus dem Sitzungssaal den widerrechtlich ins Parlament bringenden verfassungs-

brechenden Polizeibeamten „gewalttamen Widerstand“ geleistet haben sollen.

Die Aufhebung der Immunität einer ganzen Parlamentsfraktion stellt einen in der Geschichte des Parlamentarismus beispiellosen Terrorakt dar. Der Schlag, den die Pfefferkornmehrheit der Hamburger Bürgerschaft gegen die kommunistische Fraktion führt, richtet sich gegen die gesamte Arbeiterschaft. Die Aufhebung der Immunität ist ein Glied in der Kette aller verschärften Verbots- und Diktaturmaßnahmen, die die Bourgeoisie und ihre Sozialfaschisten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gegen das unter Führung der SPD. vordringende Proletariat zur Durchführung bringen.

Heute spricht Max Hoelz im Zirkus Busch Breslau u. am Sonnabend im Kohlenrevier Waldenburg

Außerdem sprechen: Traute Hoelz Landtagsabg. Wollweber, Josef Keim (Vereinigte Theater) rezitiert

Massen heraus zum Empfang 19.30 Uhr am Hauptbahnhof

Antreten der Stadtteile:
Ost: Um 19 Uhr, vom Brockauer Platz
Nordost: Um 19 Uhr, vom Bauschulplatz
Nord: Um 19 Uhr, vom Weißenburger Platz
West: Um 19 Uhr, vom Striegauer Platz
Süd: Um 19 Uhr, von Friedrichstraße, bei Zanke
Zentrum: Um 18.45 Uhr am Neumarkt
Jugend, Jungspartakus und RFMB: 18.30 Uhr am Neumarkt

Mostau antwortet den Kriegsheimern

Die „Pravda“ zum roten Antikriegstag am 1. August

demokraten im Laufe der letzten zehn Jahre nicht schon gebrochen hätten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)
Aber wenn im „Vorwärts“ gestern steht, „Der Herr entlarvte die demagogische Opposition“ (Auch die schließliche SPD-Presse überschreibt den gestrigen Reichstagsbericht in derselben Weise), so kann ich nur erklären, ich beneide die Sozialdemokraten um ihre Verlogenheit. (Hellerleucht im ganzen Hause.) Die Sozialdemokraten haben ihre Grundzüge vor dem Kriege längst verraten, und wie Kommunisten halten auch in den Steuerfragen die Lehren eines Marx und Friedrich Engels hoch. (Vorbaher Beifall bei den Kommunisten.)

In der darauffolgenden Abstimmung wird das Haushaltsgesetz für 1925 angenommen und die Streichungsanträge der Kommunisten abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch der von den Kommunisten eingebrachte Streichungsantrag für die im Haushaltsgesetz eingelegten 21 Millionen für die Vullfahrt von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen.

Der Reichstag setzt seine Beratungen Freitag 13 Uhr fort. Tagesordnung: Die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes.

Was bedeutet „Republiksschutzgesetz“?

Der Reichsausschuß des Reichstages beschloß am Mittwoch mit 119 gegen 9 Stimmen die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes.

Der Charakter des „Republiksschutzgesetzes“ ergibt sich am besten aus den Verurteilungen, die auf Grund dieses Gesetzes erfolgt sind: Es ist ein Gesetz der Bestrafen und schamlosesten Kommunistenbestrafung.

Das erweist trotz aller Verschleiерungen eine von Regierung wegen vorgelegte Statistik über die Verurteilungen auf Grund des Antikommunistengesetzes wegen Verstoßes gegen die §§ 1—6 des Gesetzes — das sind die Bestimmungen, die sich mit dem Ministermord, der Aufforderung dazu und seiner Begründung befassen — sind 1923 hundert Verurteilungen eingeleitet worden, von denen eine zu einer Verurteilung und eine zu einer Freisprechung geführt hat; 1924 gab es drei Freisprechungen und keine Verurteilung; 1925 sieben Verurteilungen und sechs Freisprechungen; seit 1926 keine Verurteilung mehr wegen Verstoßes gegen diese Paragraphen.

Die Verurteilungen von 1925 sind, worüber die Kriminalstatistik sich auszeichnet, wahrscheinlich die in dem sogenannten Tschelaprotz den auf Grund von Epistelanklagen Herr Niedner mit seinem Staatsgerichtshof gegen Kommunisten geführt hat.

Wegen Verletzung der §§ 7 und 8 des Republiksschutzgesetzes gab es 1923 211 Verurteilungen und 83 Freisprechungen; 1924 375 Verurteilungen und 308 Freisprechungen; 1925 566 Verurteilungen und 75 Freisprechungen; 1926 227 Verurteilungen u. 23 Freisprechungen; 1927 230 Verurteilungen und 54 Freisprechungen.

Gerade in dieser Statistik erweist sich das Republiksschutzgesetz als Antikommunistengesetz, denn der § 7 des Gesetzes enthält in Ziffer 4 die berüchtigte Bestimmung von der „staatsfeindlichen Verbindung“. Auf Grund dieses Paragraphen hat der Staatsgerichtshof des Herrn Niedner und ihm folgend das Reichsgericht mit dem 4. Strafsenat des Herrn Lorenz die Bestrafen und die Funktionäre der kommunistischen Partei als staatsfeindliche Verbindung erklärt und sie verurteilt. Daneben enthält der § 8, der in der Statistik mit dem § 7 abschließlich zusammengeworfen wird, die Strafanordnung wegen Beschimpfung der Reichsflagge und der republikanischen Staatsform — die einzige Bestimmung des Republiksschutzgesetzes, über die die Deutschnationalen sich beschwerten.

Jeder, der das Vorgehen der Staatsbehörden kennt, weiß, daß die Urteile gegen die kommunistischen Funktionäre, ganz abgesehen von der Höhe der Strafen, ungleich viel zahlreicher sind als diese Urteile gegen die tatsächlichen Republikfeinde, die die Reichsflagge beschimpfen. Die Zahl der Freisprechungen aus der Statistik entfällt zweifellos auf die tatsächlichen, die vorzeitigen Verständnis bei den Gerichten finden.

Weiter gab es Verurteilungen aus § 19 des Gesetzes, Verstoß gegen das „Verbot von Vereinigungen“, 1923 15 bei 27 Freisprechungen, 1924 200 bei 156 Freisprechungen, 1926 31 bei 8 Freisprechungen. Die Mehrzahl der Fälle stellt auch hier das Vorgehen der Behörden gegen die kommunistische Partei und ihre Funktionäre. Es ist kein Zufall, daß 1924, nach dem Verbot der Partei, die Zahl der Verurteilungen am höchsten gewesen ist.

Diese durch die Statistik erzielten Feststellungen hat jedoch die Sozialdemokratie nicht abgehalten, für die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes zu stimmen. Herr Heilmann erklärte sogar mit erheblicher Stimme, daß seine Partei jede Andeutung einer Konstruktion, die sich gegen die Verlängerung des Gesetzes richten würde, mit der Gewalt der großen Mehrheit des Reichstages niederzubiegen entschlossen sei.

„Kommunisten-Putsch am 1. August“ so lobt und harrt seit Wochen die Bürgerliche und sozialdemokratische Presse. „Mostau“ antwortet schon wieder, „dieses Weis auf dem Moskauer Parteitag, Krieger, ist die Antwort der „Pravda“ vom 12. Juni:

„Der Internationale Kampf gegen den Krieg — oder der Internationale rote Tag — ruft schon jetzt wüste Ausfälle der Bourgeoisie und ihrer Schergen hervor. Sie wollen die Sache so tun, als ob die Kommunisten im 1. August die Revolution „festgesetzt“ hätten. Damit schrecken sie die Bourgeoisie, damit bereiten sie die Massen für die revolutionäre Arbeiterbewegung vor. Geldverhandlungen in die Festschließung des internationalen Revolutionen für den 1. August eine Erklärung, ein Aufruf. Die Kommunisten legen den Internationalen Kampf gegen den Krieg an, eine internationale Solidaritätsbewegung für die Sowjetunion, ein internationales Aufrufen gegen den Imperialismus, einen internationalen Massenprotest gegen die sozialdemokratischen Wähler der Bourgeoisie. Der internationale Kampf gegen den Krieg ist der Tag des Kampfes um die Straße, der Tag des Kampfes gegen die tatsächliche Reaktion, gegen das lokale Joch, der Tag des Kampfes gegen jeden Versuch, der Arbeiterbewegung Fesseln anzulegen, seien es Fesseln der Bourgeoisie oder Fesseln der Sozialdemokratie.

Laßt die internationale Bourgeoisie und die internationale Sozialdemokratie gegen diesen Tag toben, laßt sie seine Schwärze ausmalen, um gegen die Arbeiter die erschreckenen Kleinbürger aufzuheben, laßt die Herren der II. Internationale, die politischen Mörder und die sozialistischen Schwärzer die Arbeiter vor der Demonstration warnen. Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder laßt sich durch Drohungen nicht einschüchtern, und läßt nicht auf das Geschwätz der Sozialdemokraten. Sie wird ihren

Vom Tage

Der erwartete Auslandskredit des Reiches ist zum Abschluß gelangt; die Kreditsumme beträgt 50 Millionen Dollar. Amerikanische Geldgeber sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hauptsächlich die Firmen Dillon, Read & Co.

Außenminister Dr. Stresemann ist am Donnerstagnachmittag wieder in Berlin eingetroffen. Am Freitag wird er dem Kabinett über die Madrider und Pariser Verhandlungen Bericht erstatten.

Wie der Washingtoner „Times“ Mitarbeiter berichtet, wird im Weißen Haus, wie im Staatsdepartement, jetzt mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ein Besuch Macdonalds in Washington außerordentlich willkommen wäre.

Die am Donnerstag abends im sächsischen Landtag auf der Tagesordnung stehende Wahl des Ministerpräsidenten ist wiederum ergebnislos verlaufen.

Am Donnerstagnachmittag verurteilten völkische Studenten an der Wiener Universität eine Schlägerei. Polizei versuchte auf Befehl des Rektors in die Aula einzudringen, was aber nicht gelang. Der Rektor, der die völkischen Rombys beruhigen wollte, wurde mit Pfeilrufen empfangen.

In der sogenannten Tobeskurve der New Yorker Hochbahn an der 113. Straße ereignete sich am Mittwochnachmittag in der Hauptverkehrszeit ein schweres Unglück. Ein Hochbahnzug fuhr auf einen in der Kurve haltenden vollbesetzten Zug auf. Nach den bisherigen Feststellungen wurde eine Person getötet und 30 verletzt.

Im Königsleer Forst im Kreise Rummelsburg brach in den ersten Nachmittagsstunden des Donnerstags ein riesiger Waldbrand aus, der sich infolge der Trockenheit mit rasender Schnelligkeit auf über 6000 Morgen Wald ausbreitete.

Infolge falscher Steuerung stürzte ein Flugzeug aus 1000 Meter Höhe auf die Eisenbahnstrecke Bologna—Modena, und geriet beim Aufschlagen in Brand. Der Pilot, der aus dem Flugzeug gesprungen war, fand den Tod, während es dem Begleiter gelang, sich durch Fallschirmabwurf zu retten. Beim Aufschlagen bogstüb das Flugzeug eine alte Frau unter jenen Trümmern, die verbrannte.

Am Donnerstag wurde ein Beamter der Reichspostverwaltung wegen des Verdachtes, seine Braut ermorde zu haben, verhaftet.

Wären zum Kampfe gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, zur Verteidigung der Sowjetunion demonstrieren. Mit ihr zugleich wird auch das Sowjetparlament an diesem Tage demonstrieren für die Lösungen der Komintern, für die Lösungen der internationalen kommunistischen Bewegung.“

Schlichtungsbruch für Ruhrbergbau

Zu Essen, 20. Juni. Die Schlichterkammer fällt am Donnerstagnachmittag einen Schlichtungsbruch für Rohmentarif und Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Der Schlichtungsbruch erhält durch das Mehrarbeitsgesetz die heutige Arbeitszeit von acht Stunden unter Tage sowie die entsprechenden Arbeitszeiten über Tage und den heutigen Mindestlohn der Bergarbeiter aufrecht. In der Urlaubsfrage ist eine Erhöhung des Urlaubs um einen Tag (1) für die höheren Dienststufen sowie für die Fünfsachen- und Sechsjährigen festgesetzt, und ein vierwöchiger Urlaub für die Bierjahrgänger festgesetzt worden. Rohmentarif und Mehrarbeitsgesetz kommen zum 1. August zum 20. November 1930 in Kraft. (1) Es sind längere Verhandlungsfrist (1) vorgesehen. Die Parteien müssen sich bis Montag, den 24. Juni, über die Verhandlungsergebnisse entscheiden. Die Verhandlungen vor der Beendigungserklärung dürfen Mitte nächster Woche in Berlin stattfinden.

Die Verhandlungen für die nieder-schlesische Metallindustrie

Breslau, 21. Juni. Die bisherigen Verhandlungen für die nieder-schlesische Metallindustrie haben vorläufig zu keinem Ergebnis geführt. Ein Schlichtungsbruch soll erst am 26. Juni gefaßt werden. Es wird allgemein erwartet, daß dieser Spruch nur eine geringe Erhöhung der Löhne und keine Erhöhung der Arbeitszeit bei langfristiger Bindung bringen wird. Die Metallarbeiter haben alle Verhandlungen auf der Hut zu sein, da sie wieder einmal über Ohr gehauen werden sollen. Haltet fest an den ausgeprochenen Forderungen! Organisiert den Kampf! Laßt euch nicht einen unzulänglichen Spruch aufzwingen! Die Metallarbeiter selbst müssen über Annahme oder Ablehnung des Spruches entscheiden und nicht eine Handvoll Gewerkschaftsbürokraten!

Polizeibestrafungen in Königsberg

(Eig. Ber.) Königsberg, 20. Juni. Als Protest gegen die Auflösung einer Versammlung der KPD. Betriebszelle der Schiffer- und Hafenarbeiter durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Tiege am Sonntag, gegen die wüßtigen Verhaftungen von Jungkommunisten veranfaßte die kommunistische Partei gestern abend eine große Kundgebung und Demonstration. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität vor. Sie löste Teile des Demonstrationzuges auf, weil einige Arbeiter KPD-ähnliche Kleidung trugen und verhaftete 42 Arbeiter und schleppte sie zum Polizeipräsidium, wo sie bis zur Stunde noch nicht freigelassen worden sind. Zahlreiche Arbeiter demonstrieren, um weiteren Provokationen zu entgegen, in Gendarmen und mit bloßem Oberkörper. Auf dem Marktplatz, wo die Kundgebung stattfand, veranfaßte die eingeleitete Polizei des Sozialdemokraten Tiege eine wüste Gummiknüppelade.

Verteilte Polizei wurde eingesetzt, die mit blanker Waffe in die Menge eintrieb. Zahlreiche weitere Verhaftungen wurden vorgenommen, viele Arbeiter verletzt. Auch nach der Auflösung der Demonstration setzte die Polizei ihre Provokationen fort. Als die kommunistische Fraktion in der gerade tagenden Stadtvorordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, der sich gegen das brutale Vorgehen der Polizei wandte, und dieser Antrag mit den Stimmen der SPD. abgelehnt wurde, verließen die Kommunisten demonstrierend den Sitzungssaal mit dem Rufe: „Es kommt der Tag, da wir uns rächen!“

Die Partei hat für heute eine neue Protestkundgebung gegen das brutale Vorgehen der Polizei einberufen. Die Erklärung der Arbeiterschaft über die Polizeibrutalität ist ungeheuer.

Die Sekretärin des Prälaten

von Alben Daudistel
Copyright by Albert Daudistel. (Nachdruck verboten)

Er gähnte, erhob sich, schlüpfte aus seinem Paletot und versuchte nun, sich bei ihr wegen seiner nächtlichen, unbedachten Telefonate zu entschuldigen, indem er sagte: „Ich war ja so befohrt um Sie, Madame, während der vergangenen Nacht...“ Sie unterbrach ihn plötzlich schäudernd: „Auch Vater Kobolpke, den ich gar nicht kenne, glaubte scheinbar in der Nacht, mit sei ein Anbell auf dem Heimweg zugehoben...“ Der Prälat jedoch parierte ihre spitzen Worte: „Der ist verblödet, aber schließlich hat er recht; die duallen Straßen in der Stadt sind so gefährlich...“ Sie lächelte darüber, hing seinen Paletot an den Garderobenschrank und erwiderte: „Aber dennoch habe ich ein bißchen für Sie mitgebracht!“

Mit einem Male wurde er, als er gehört hatte, sie habe ein bißchen für ihn „mitgebracht“, demart von Freude erregt, daß er versagte, zu fragen, wo sie in der vergangenen Nacht gewesen sei... Ja, als sie aus ihrem Paletot zwei Taschen nahm und sie ihm gar zierlich mit beiden Händen vorhielt, und sagte: „Das eine ist für Sie, das andere für mich, und eins zur Reserve für alle Fälle, und Ruffen, Tee, Zucker, Milchpulver und Mehl, und meinen elektrischen Rasier haben wir nun auch hier, da wurde die Seele des Einsamen demmaßen von hanftränklicher Begeisterung ergriffen, daß er am ganzen Leibe zitterte; zumal er auch jetzt noch nicht mal gesehen durfte, daß er sie liebe. Er biß sich auf die Lippen, trat vor sie hin und verneigte sich. Aber da rief sie vernehmlich aus: „Mein Gott, Herr Prälat, was haben Sie gemacht! An was denken Sie bloß so intentional? Merken Sie es denn nicht?“

Neberachtet fragte er: „Was denn, was denn, was denn?“ Sie deutete vor ihm hin und sagte hell auf: „Sie haben, wohl vor lauter Sorge um mich, zweierlei Schätze angezogen, einen spizen

und einen breiten.“ Er schaute nieder und — verließ, während er sich hinter seinem Ohr kratzte, eilend sein Büro.

Nach etwa fünf Minuten telefonierte er ihr, er sei in der Sitzung des Haushaltungsausschusses sie solle die Postfächer durchlesen und die Briefe, die sie allein beantworten könne, kippen, und falls ihn jemand zu sprechen wünsche, solle sie sagen, er sei im Hause, sie wisse aber nicht, wo... Sie begann seine Aufträge zu erledigen.

Aber gar bald wurde sie vom Haushaltungsausschuß aus telefonisch gefragt, wo der Prälat sei. Sie antwortete, er sei im Hause, sie wisse aber nicht wo.

Und gerade, als sie nach einem Weilsen wieder vom Haushaltungsausschuß aus telefonisch nach dem Prälaten gefragt worden war, klingelte ihr Telefon und — es meldete sich: der Vater Kobolpke; er sagte, er müsse ganz dringend den Prälaten sprechen. Madame Richards fand nun solchen Gejallen an ihrer Tätigkeit als Sekretärin des Prälaten, daß sie dem Vater in gar herzlichem Tone antwortete, der Prälat sei im Hause, sie wisse aber nicht wo... Sie scherte, zumal nun allein schon die Worte „Vater Kobolpke“ auf einmal, da sie sich noch nicht mehr Gewissensbisse schonte, so zerkleinernd auf sie wirkten wie etwa Stroh, der berühmte internationale Clown.

Vater Kobolpke, der ihr Geliebter geblieben hatte, telefonierte ihr, es sei doch das Schicksal, was er tun könnte, wenn er sofort ins Landesparlament käme und den Prälaten sähe.

Madame Richards versuchte nun ihre fremdige Zuvorsicht nicht zu verhehlen; sie erwiderte: „Ach ja, Herr Vater, bitte, kommen Sie doch her!“ Und er, ergriffen von ihrer freundlichen Stimme, telefonierte ihr sehr nett, obwohl er sie noch nie lebhaftig gesehen hatte: „Auf Wiedersehen, liebe Frau!“

Kann hätte sie jedoch begnügen, weiterzuarbeiten, öffnete sich leise die Tür: lächelnd redete der General seinen Kopf durch den Spalt und nickte (da er getrennt den Prälaten ihr nachsehen sah): „Nun, Madame, was es gestern abend schon?“

Sie antwortete: „Betreuen hat es gestern abend nicht!“ Er jagte: „Wir warten im Ausschuß darauf, daß Dr. Renard die Sitzung eröffnet. Die Ausschußmitglieder der anderen Parteien werden ungeduldig! Wo ist Dr. Renard?“

Lächelnd erwiderte sie, der Prälat sei im Hause, sie wisse aber nicht wo.

Von ihrem Lächeln bewegt, trat er ein, machte die Tür zu und fragte: „Störe ich?“

Sie antwortete verlockend leise: „Ja! — Aber Vater Kobolpke kommt gleich und sucht ihn!“

Der General, der schon gestern gemittelt hatte, daß der Prälat besonders eifersüchtig gegen den Vater eingestellt war, grinste schadenfreudig und nickte vertraulich leise: „Gähäh! Der Vater hat Mut!“

Während der General ihr nun eine Zigarette anzündete, kam es ihr vor, als habe draußen vor der Tür jemand just so merkwürdig geräuschelt. Leise erhob sie sich und bedeutete dem General, er solle geräuschlos hinter der Tür in der Ecke neben dem Altarregal Deckung nehmen. Dann schlich sie zur Tür, erfaßte behutlich die Klinke, stieß sie auf die Klinke stieß hart gegen die Stiene des Innenministers; sie sagte: „Aber Herr Minister, ich konnte brinnen doch nicht sehen, daß Sie außen am Schlüsselloch knistern! Und überhaupt: der Schlüssel steht im Schloß; sehen Sie ihn denn nicht?“

Der Minister antwortete betroffen: „Der Schlüssel interessierte mich zuletzt!“

Sie lächelte: „Aha — Sie lauschten erst!“ Er brühte seine Hände gegen seine Stirn und bedauerte sein Mißgeschick: „Verflucht, man kann hier nicht vorsichtig genug sein!“

Dann fragte er: „Und was ich sagen wollte: Wo ist denn der Prälat und General?“ Der Haushaltungsetat soll heute endlich erledigt werden! General ging, den Prälat zu suchen. Der Ausschuß wartet auf die beiden!“

Madame Richards lächelte: „Nun wartet der Ausschuß auch noch auf Sie!“

Durch ihr Lachen vergaß der Minister seinen Schmerz und auch den Ausschuß. Er fragte, indem er näher trat: „Störe ich, Madame?“ Sie antwortete schelmisch: „Ja! — Aber Vater Kobolpke muß bald kommen; er jagte mir am Telefon, er wolle den Prälaten fangen!“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombröhl, für „Bericht und Bericht“ und „Sachsenburg“ Wilhelm Weidow, für „Breslau“, „Wort“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Richard Schulz, Kleinritz. — Für Südpolen H. Weber, Breslau.

Gewerkschaftsbürokratie fordert Hungerdiktat

Vor der Verbindlichkeitserklärung des Textilschiedspruches? — Maßlose Heze gegen die revolutionäre Opposition — Die Proleten sollen hungern

Breslau, 20. Juni.

Die Erklärungsfrist zu dem am 16. Juni für die schlesischen Textilarbeiter gefällten Schiedspruch war am Mittwoch abgelaufen. Bekanntlich bietet der Spruch den Textilproleten eine „Erhöhung“ der Stundenlöhne von 28 Pfennig in der Spitze, bei einer Bindung bis Oktober 1930. Im April 1930 sollen die Stundenlöhne um weitere 2 Pfennig in der Spitze erhöht werden. Der Spruch läßt

alle Forderungen der Arbeiter unerfüllt.

Er bringt keinen Achtundentag und keine 48-Stunden-Woche. Er bringt nicht die geforderten Ferien. Die Frauen sollen nach wie vor bei gleicher Arbeit minder bezahlt werden. Im großen und ganzen bedeutet der Inhalt der Schiedsprüche zum Mantel- und Lohnzins die

Verlängerung des bestehenden Hungerlebens auf Jahre hinaus.

Oder soll die Unternehmer bei der Kündigung des Tarifs hauptsächlich eine Langfristigkeit des neuen Abkommens anstreben, und die Forderung nach Beibehaltung der bestehenden Löhne lediglich als Schreckmittel anwandten, haben sie den Schiedspruch abgelehnt. Diese Ablehnung ist eine Komödie, die den Gewerkschaftsbürokraten ihr verräterisches Spiel erleichtern soll.

Die Gewerkschaftsbürokraten setzen ihren Verrat konsequent fort. Alle sozialdemokratischen Zeitungen in Schlesien fordern im Fretbruch die sofortige Verbindlichkeitserklärung. So schreibt z. B. der „Proletarier aus dem Eulengebirge“:

„Die Entscheidung des Ministeriums erfolgt höchstwahrscheinlich am Donnerstag, spätestens aber im Laufe dieser Woche. Die Entscheidung ist für ganz Deutschland von größter Bedeutung. Die Unternehmer leisten bis jetzt den schärfsten Widerstand.“

Der „Proletarier“ und alle anderen sozialdemokratischen Blätter wollen den Arbeitern einreden, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches ein Schlag gegen die Unternehmer sein wird. In Wirklichkeit wird sie

ein Schlag gegen die Arbeiter

sein; denn nicht die Forderungen der Arbeiter sind im Schiedspruch erfüllt worden, sondern die Wünsche der Unternehmer.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen treten in den Textilarbeiterversammlungen mit Pathos für die Annahme des Schiedspruches ein. Gegen die oppositionellen Arbeiter, die es „wagen“, ihnen zu widersprechen, gehen sie dabei mit den schäblichsten Mitteln vor. Dort, wo die Textilarbeiter sich nicht beeinflussen lassen, und offen zu erkennen geben, daß sie die Ansicht der Opposition für die richtige halten, werden in den Versammlungen keinerlei Abstimmungen vorgenommen. Es wird einfach gesagt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, den Schiedspruch anzunehmen, weil er lediglich mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefaßt wurde. Eine demagogische Begründung kann es natürlich nicht geben!

In der Mitgliederversammlung am Dienstag in Görlich betrieb der amtierende Gewerkschaftsbürokrat eine ganz infame Kommunistenheze und erklärte, daß sie (die Bürokraten) auf dem Schiedspruch „faß seien“. Darauf stand in der Diskussion ein sozialdemokratischer Arbeiter auf, verwehrt sich gegen die Kommunistenheze und sagte, daß der Spruch den Proleten keine Verbesserung bringt. Die durch die Hezen der Bürokraten angefeindeten Arbeiter verließen in großer Zahl die Versammlung. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen.

In Langenbielau erdachten die Leuchtenberger einen ganz „schlaun“ Trick. In Langenbielau ist für Sonnabend vormittag eine Hoelz-Kundgebung angekündigt. Als das den Gewerkschaftsbürokraten bekannt wurde, beriefen sie schnell ebenfalls für Sonnabend vormittag eine Textilarbeiterversammlung ein, angeblich, um eine Abstimmung über den Schiedspruch vorzunehmen. Sie hoffen, daß alle revolutionär gestimmten Arbeiter in die Hoelz-Kundgebung gehen werden, und damit eine Annahme des Schiedspruches gesichert sei. Nun, wir können diesen übergeschlaun Leuten verraten, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

So versuchen die Gewerkschaftsbürokraten allerorts die revolutionäre Opposition niederzuknuppeln und die Arbeiter zur Annahme des Schiedspruches zu zwingen. Gleichzeitig wird die

Aushungerungsoffensive gegen die Textilarbeiter

fortgesetzt. Der Verband lehnt nach wie vor jegliche Unterstützung an die Unorganisierten ab. Die Unterstützungsaktion der IAB wird mit den schäblichsten Mitteln bekämpft, und in der Öffentlichkeit herabgesetzt. Ein besonders tolles Stück ist jetzt in Lauban passiert. Dort haben unsere Genossen die sofortige Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung gefordert, die zur Frage der Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiter Stellung nehmen sollte. Der Antrag unserer Genossen wurde am 6. Juni eingereicht. Sehn Tage später (!) lief darauf folgende Antwort ein, die keines Kommentars bedarf:

„Ich nehme Bezug auf § 39 der Städteordnung, welcher besagt, daß die Zusammenberufung der Stadtverordneten durch den Vorstand geschieht; sie muß erfolgen, sobald es von einem Viertel der Mitglieder oder von dem Magistrat verlangt wird. Ihr Antrag ist nur von zwei Mitgliedern unterschrieben, und der Magistrat lehnt denselben ab (!). Es liegt für mich keine Verantwortung (!) vor, Ihrem Ersuchen, eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einzuberufen, stattzugeben.“

Eine Unterstützung der Aussperrten ist bereits einheitlich geregelt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der Fürsorgeordnung. Der Herr Oberpräsident hat in der Konferenz der Herren Bürgermeister und Landräte, die vor kurzem stattfand, ausdrücklich auf die Ungefeßlichkeit (!) allgemeiner Unterstützungen hingewiesen.

Ich nehme im übrigen auch noch Bezug auf § 11 unserer Geschäftsordnung.

Die nächste ordentliche Stadtverordnetenversammlung wird auch voraussichtlich auf den 28. Juli einberufen.“

Textilarbeiter! Wollt ihr widerstandslos den Schiedspruch hinnehmen und weiter bei voller Arbeit hungern? Nein! Es gilt unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den

Versuch zu machen, in geschlossener Front einen Generalangriff für Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen vorzunehmen.

Der Schiedspruch muß überall abgelehnt werden. Wer dem Schiedspruch zustimmt, macht sich mit schuldig an dem Fortbestehen des Hungerdiktats!

Die Wünsche der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, die aus Rücksicht auf die haatserhaltende imperialistische Politik der Sozialdemokratie diktiert werden, dürfen für die Arbeiter nicht maßgebend sein.

Nieder mit dem Schiedspruch! Kampf für die Forderungen der Textilarbeiter, auch trotz der drohenden Verbindlichkeitserklärung!

Es geht nicht darum, ob die Textilarbeiter für die Forderungen der Opposition oder für die vom Verband ausgehenden Kämpfe sollen, sondern es geht um die Frage, ob überhaupt gekämpft werden soll, ob überhaupt der Versuch übernommen werden soll, dem Hungerdiktat ein Ende zu bereiten!

Textilarbeiter, die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten können nicht eure Führer im Dafeinschlamm sein. Eure Führerin ist einzig und allein die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Wählt überall Kampfleitungen! Beschließt, auch im Falle einer Verbindlichkeitserklärung, den Kampf fortzusetzen! Genug des Elends!

Von der ersten bis zur zweiten Rate

Hermann Müller, Sebering, Hilferding und Wissell stimmen bei der Abstimmung zum Reichswehr-Etat gegen den kommunistischen Antrag auf Streichung der zweiten Panzerkreuzerrate, für die zweite Rate und für das gesamte Marinebauprogramm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmen bei dem ersten kommunistischen Antrag noch gegen die zweite Rate und für den Antrag, wenige Minuten später stimmen Sozialdemokraten und Bürgerliche gemeinsam gegen den kommunistischen Antrag, die zweite Rate von 6,9 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers „Köln“ zu streichen.

Diese Abstimmungen sind jede für sich bedeutungsvoll. Die SPD. setzt die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages in die Tat um. Ihre Taten sind Kriegsvorbereitungen, Bewilligung des imperialistischen Rüstungsprogramms auf der ganzen Linie. Die erste Abstimmung zeigt einen scheinbaren Gegensatz zwischen dem Verhalten der sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten. Das Verhalten der SPD. mit dem kapitalistischen Staatsapparat bestimmt die Abstimmung. Die Minister stehen über Fraktion und Partei. Die Fraktion ist natürlich auch ein Teil des Staatsapparates, aber ein Teil, der andere Aufgaben hat, als die Minister. Unter anderem die Aufgabe, die Wählermassen zu halten und zu beschwichtigen. Deshalb konnte die Fraktion bei der zweiten Rate nicht umhin, den breiten Wählermassen eine „Opposition“ gegen die Kriegsrüstungen vorzutauschen. Morgen werden sie auch als Fraktion offen allen weiteren Raten und Bauten zustimmen. Die zweite Abstimmung über die Streichung des Panzerkreuzers „Köln“ hat dies schon klar gezeigt.

Von der Bewilligung der ersten Rate zur Abstimmung über die zweite Rate führt ein langer Weg. Nicht für die Hermann Müller, Sebering, Hilferding und Wissell. Sie stehen zu ihrer Abstimmung am 10. August zur Bewilligung des Panzerkreuzers. Sie blieben konsequent und brauchten zu den Fragen des Imperialismus sich gar nicht anders einstellen, als am 10. August 1928. Was seitdem geschehen ist, betrifft nicht die Entwicklung der Hermann Müller, Sebering usw., sondern den Verlauf der Rebellion innerhalb der SPD. gegen den Panzerkreuzer der Müller und Sebering. In dem Magdeburger Parteitag und mit der Abstimmung im Reichstag wird eine Etappe dieser Entwicklung abgeschlossen. Von Anfang an war der Panzerkreuzer für die breiten Massen der sozialdemokratischen Wähler und der proletarischen Mitglieder der SPD. ein Symbol für den gesamten Kurs der SPD. Diese symbolische Bedeutung kommt auch der letzten Abstimmung zu, die den Schlußstein über diese erste Etappe legt. Im wechselvollen und widerspruchsvollen Verlauf eines Kampfes zwischen dem imperialistischen Kurs der SPD-Führung und der proletarischen ant imperialistischen Schichten, ist durch die Unterstützung der „linken“ Sozialimperialisten der Sieg des Panzerkreuzerkurses Schritt für Schritt errungen worden. Aber dieser innerparteiliche Pyrrhussieg ist kein Abschluß der Panzerkreuzerfrage überhaupt, sondern nur der Abschluß einer Etappe.

Die Panzerkreuzerfrage hat sich zur Kriegfrage entwickelt. Sie steht unter neuen Bedingungen inmitten einer weiteren ungeheuren Verschärfung der Kriegsgefahr auf der Tagesordnung. Die Krise der SPD. verschärft sich gleichfalls mit der Entwicklung vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus.

Öffentliche Quittung der Maßopfer-Sammlung

Bisheriges Ergebnis	117,15 M
Niesky	10,— M
Schweidnitz	43,30 M
Breslau-Nord	31,35 M
Brieg	3,— M
Glogau	18,35 M
Liste Nr. 12	2,50 M
Liste Nr. 36	6,40 M
Liste Nr. 8	1,— M
Liste Nr. 428	7,20 M
Liste Nr. 9	2,20 M
Grünberg	9,75 M
Waldenburg à conto	3,— M
Ohlau	16,20 M
Görlitz	50,80 M
Dittersbach	21,— M
Strehlen	10,30 M
Striegau	30,— M
Breslau-West	200,— M
Haynsau	33,45 M
Radlowitz	33,90 M
Schmiedeberg	48,20 M
Dt.-Ossig	8,40 M
Dittersbach à conto	30,— M
Steinitz-Breslau	50,— M
Breslau-Nordost	40,— M
Striegau	24,35 M
Habelschwerdt	20,65 M
zusammen:	877,45 M

Die Niederlage der oppositionellen Arbeiter in der SPD., die glaubten, in dieser Partei einen ant imperialistischen Kurs durchsetzen zu können, schafft für sie eine neue Situation. Die Frage des organisatorischen Bruches mit der SPD. wird nicht nur für einzelne, sondern für ganze Gruppen der Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter immer akuter. Der imperialistische Kurs der SPD. offenbart sich in innerdeutscher Beziehung als sozialfaschistischer Diktaturkurs. Die Empörung über die Panzerkreuzerbewilligung verbindet sich mit der Empörung über den Jürgel-Kurs.

Genau, wir dürfen nicht vergessen und übersehen, daß die „linke“ Sozialdemokratie noch bestimmte, wenn auch verringerte Möglichkeiten hat, die sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler zu betrogen. Es gilt, das Umschlagen der Unzufriedenheit in den Bruch mit der SPD. als einen Prozeß zu erkennen. Aber das entscheidende Merkmal der gegenwärtigen Lage ist, daß dieser Prozeß in beschleunigtem Tempo vor sich geht. In solchen Zeiten kommt aber der Beeinflussung der sozialdemokratischen Arbeiterwähler durch die kommunistische Partei eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Beeinflussung steht nicht im Widerspruch zum allerhöchsten, schonungslossten Kampfe gegen die verräterische SPD., im Gegenteil. Die Loslösung der Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter von ihren verräterischen Führern geht gleichzeitig mit diesem verschärften Kampf vor sich, ist ein Element derselben.

Mit vollem Recht wird im Leitartikel der „Kommunistischen Internationale“ vom 22. Mai geschrieben:

„Die sozialdemokratischen Arbeiterreserven schwanken. Ein Teil von ihnen beginnt schon die sozialdemokratischen Reihen zu verlassen. Die Aufgabe der Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter erhebt sich vor der kommunistischen Partei in neuer Form und unter neuen Bedingungen. Die kommunistische Partei kann und muß ins Hinterland der Sozialdemokratie dringen, ihre Arbeiterreserven erfassen. Nach den Berliner Ereignissen ist die Partei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse weit näher als vor dem.“

Auch die große Antikriegskampagne, die ihren Höhepunkt in den gewaltigen Massendemonstrationen am 1. August erreichen wird, ist eine Gelegenheit, und zwar eine der wichtigsten, um die Kriegsvorbereitungen der sozialdemokratischen Helfershelfer der Bourgeoisie zu entlarven und den schwankenden Arbeitern den einzigen Weg des Kampfes gegen das neue Völkergemebel, den Weg der proletarischen Revolution zu zeigen. Am 1. August werden bereits Teile der bisherigen Arbeiterreserven der Sozialdemokratie an unserem Aufmarsch teilnehmen, und sich zu unsern revolutionären Lösungen bekennen.

Die täglichen Urbahns-Stampfer-Fügen

Kein Tag vergeht, an dem der Sozialdemokratische Pressebetrieb nicht irgendeine alberne Tratsch- und Klatschmeldung, irgendein „Sensationsstück“ über die Führung der SPD. den sozialdemokratischen Arbeitern ausstößt. Mal ist nach den „absolut verlässlichen Informationen des Urbahnsblättchens“ Thebby abgesetzt, bald heißt es wieder „die Thälmann-Diktatur sei unerträglich geworden, und eine große Verschwörung sei dagegen im Gange.“ Doch stellt es sich am dritten Tage schon heraus, daß von allem nichts wahr sei, und nun müssen die Urbahns und Stampfer mit der Erfindung einer neuen „ultra-linken Gruppe“ trösten. Sie fügen aus eigener Phantasie dieses oder jenes Mitglied des ZK. ab, kündigen Maßlows Ernennung zum Führer und Klara Zetkins Ausschluß an und hoffen, daß diese idiotische Fügenkampagne irgendwie doch zur Diskreditierung der SPD. und ihrer Führung beitragen wird. Wir müssen mit Bestriedigung konstatieren, daß diese Spekulation auf die Unwissenheit der Arbeiter mit einem Bankrott geendet hat. Die geschlossene Einheit des 12. Parteitages machte auf die breiten Arbeitermassen den größten Eindruck und demonstrierte ihnen klar die vollendete Verlogenheit der sozialdemokratischen Pressemeldungen über die SPD. Denkende Arbeiter fallen auf diese albernen Erfindungen nicht mehr herein. Deshalb ist es auch nicht nötig, in Zukunft sie im einzelnen zu widerlegen.

Leipziger Zimmerer gegen die Beschlüsse ihres Verbandstages

Die am 11. Juni 1929 im Leipziger Volkshaus tagende Zimmererversammlung wandte sich in einer Entschlüsselung, die gegen eine geringe Minorität angenommen wurde, gegen die Beschlüsse des 25. Verbandstages.

Die Resolution protestiert insbesondere gegen die Ausführungen des Reformisten Wolgast in der Frage der Erhöhung der Versicherungsbeiträge, den geplanten Abbau der Arbeitslosenunterstützung durch die Koalitionsregierung und bemängelt, daß der Verbandstag jede Stellungnahme zur Kriegsgefahr, zum Faschismus usw. unterlassen hat.

Zu Beginn der Versammlung wollten die Reformisten dem ersten Vorsitzenden Genossen Strobel das Recht abstreifen, den Bericht vom Verbandstag zu halten, trotzdem Strobel als Delegierter an ihm teilnahm. Die Mitglieder setzten jedoch die Berichterstattung des Genossen Strobel durch.

Referat des Gen. Nerter auf dem 12. Parteitag der KPD.

Ueber „Wirtschaftstämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik“ (Schluß)

Tarifverträge und Schlichtungsweisen

Bei der Auslösung des Wirtschaftstampfes durch die Gewerkschaftsopposition wird immer wieder die Frage des Tarifvertrages und der „Tarifstreiks“ zu lösen sein. Die Tarifverträge in den Händen der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie sind zu einer reaktionären Einrichtung geworden. In der Regel kommen die Verträge in den letzten Jahren durch die Schlichtungsinstanzen oder angesichts eines bevorstehenden Schlichtungsbeschlusses zustande. Die Verträge werden im Jahre hinaus abgeklärt, bei der reformistischen Praxis der besten Durchsicht der „Tarifstreiks“ bedeutet das die ununterbrochene Schlichtung des Konfliktes. Es steht vor der revolutionären Opposition die Aufgabe, das Monopol der Gewerkschaftsbürokratie, die Verträge über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse abzuschließen, zu sprengen. Nur die von den Massen in den Betrieben demokratisch gewählten Vertreter haben das Recht zum Abschluß von Verträgen mit Zustimmung der hinter ihnen stehenden Arbeiter.

Die Anwendung unserer Strategie und Taktik erfordert gleichzeitig schlüssige Sabotage der Schlichtungsinstanzen. Die Schlichtungsinstanzen sind Werkzeuge der Bourgeoisie und der Gewerkschaftsbürokratie, um die Arbeitermassen zu betrügen und zu unterdrücken. Die Rechte und Befugnisse werden sich gegen die Auffassung, daß das Schlichtungsweisen von den Massen sabotiert und zerfallen werden muß. Wenn wir auch keine sogenannte „Wahnpolitik“ gegenüber den Schlichtungsinstanzen betreiben und unter bestimmten Bedingungen an den Verhandlungen teilnehmen, um das ganze System vor den Massen zu entlarven, so muß jedoch darüber vollständige Klarheit herrschen, daß eine solche Beteiligung nicht die Regel, sondern einzelne Ausnahmen sein dürfen.

„Der ADBB. muß“

Welches sind die Methoden zur Organisierung und Auslösung eines Wirtschaftstampfes? Wir haben in der Vergangenheit die taktischen Grundzüge benutzt, die sich in den Sätzen: „Der ADBB. muß den Kampf organisieren“ und „Zwingt die reformistischen Führer zum Kampf“, ausdrücken. Diese Grundzüge, die lange Zeit von der Partei angewandt wurden, waren nicht geeignet, die Illusionen über die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsbürokratie unter den Massen zu zerstören. Das um so mehr, als die revolutionäre Opposition den Massen keinen konkreten Weg zeigte, wie es möglich ist, daß die Arbeiterklasse auch gegen die Sabotage des reaktionären Gewerkschaftsapparates ihre Kämpfe führt. Die selbständige Organisierung eines Streiks, die Eroberung der Führung einer im Gange befindlichen Bewegung durch die revolutionäre Opposition ist nur möglich bei zeitlicher Zerschlagung jeder Illusion, daß die verträglichsten Gewerkschaftsführer die Bewegung zum Nutzen der Arbeiter führen werden.

Die Vorbereitung einer Bewegung muß ihren Anfang im Betriebe nehmen. Die Belegschaft des Betriebes, in Großbetrieben der einzelnen Betriebsabteilungen, müssen zu ihrer Lage Stellung nehmen und die Forderungen aufstellen.

In diesem Stadium der Vorbereitung kommt es darauf an, die Arbeit der revolutionären Opposition in den Betrieben mit ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaftsorganisationszweigen zu kombinieren.

Einerseits ist es Aufgabe der Opposition, die in den Betrieben in der Entwicklung begriffenen Bewegungen zu verbinden, den Kontakt zwischen den einzelnen Betrieben herzustellen und für das gesamte Kampfgebiet den vorbereitenden Ausschuss zu bilden. Dasselbe kommt in Frage, wenn es sich um eine Bewegung in einem Kleinbetriebe handelt, die aus den einzelnen Betriebsabteilungen herauswächst.

Andererseits muß die Opposition alle Kräfte der oppositionellen organisierten Arbeiter mobilisieren zu einem einheitlichen und geschlossenen Auftreten in den Verhandlungsinstanzen, um dort die Mehrheit für die Beschlüsse der Betriebsbelegschaften im Kampfe mit der Bürokratie herbeizuführen.

Die Opposition in den Gewerkschaftsversammlungen

Das Auftreten in den Verhandlungsinstanzen muß verschiedenartig sein, wenn es sich darum handelt, eine Kampfstrategie, die von der Gewerkschaftsbürokratie unter dem Druck der Massen eingeführt wurde, zu einem Streit zu bringen, oder wenn es sich darum handelt, eine Kampfstrategie, die unter Führung der revolutionären Opposition durch die Belegschaften vorbereitet wird, unter den Massen der organisierten Arbeiter zu popularisieren und der Sabotage des Bürokratie durch Beschlüsse von Gewerkschaftsversammlungen entgegenzuwirken. Im ersten Falle wird es der revolutionären Opposition um so besser möglich sein, die Arbeiter zur Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses und zum Eintritt in den Streit zu gewinnen, wenn es gelingt, große Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch Beschlüsse in der Versammlung zu einem einheitlichen Gegenstand

zur Gewerkschaftsbürokratie zu drängen. Jede formale „Einheit“ in diesem Falle, wie sie zum Beispiel in Berlin in einer Versammlung der ADBB. Betriebe durch das ungenügende Auftreten der revolutionären Opposition zustande kam, ist eine Schädigung der Bewegung. Dort, wo die Gewerkschaftsbürokratie durch Scheinrädliche Anträge versucht, die Arbeiter zu verwickeln, müssen die Vertreter der revolutionären Opposition um so rücksichtsloser, entschlossener und klarer auftreten, um dieses Manöver zu durchkreuzen. Es darf kein Unterschied sein im Auftreten der oppositionellen Arbeiter im Betrieb und im Gewerkschaftsverband.

Im anderen Falle, wenn die Bewegung von der Gewerkschaftsopposition in den Betrieben organisiert wird, handelt es sich in erster Linie darum, die Verhandlungsinstanzen als Tribüne zu benutzen, um zu den Massen zu sprechen, ihre Mobilisierung zu fördern, die notwendige Rolle der Bürokratie und ihres Ansehens zu enthüllen. Auch in solchen Fällen ist es notwendig, geeignete Anträge zur Besetzung der Organisation an der Bewegung zu stellen, um eine Entscheidung unter den Funktionären des Verbandes oder unter den in der Versammlung anwesenden Mitgliedern herbeizuführen.

Die Führung des Wirtschaftstampfes

Die Partei konnte auf dem Gebiete der Herausbildung revolutionärer Organe zur Führung der Arbeiterkämpfe in den letzten Jahren große Erfahrungen sammeln. In den vorgelegten Parteitagsthesen sind die revolutionären Organe aufgezeichnet. Das sind die Kampfleitungen, Delegiertenkonferenzen, Betriebsräte und Vertrauensleute. Das sind die Instrumente zur Mobilisierung der Arbeitermassen und zur Führung der Wirtschaftstämpfe. Die revolutionäre Opposition muß in erster Linie erreichen, daß jeder Kampf durch die von den Massen selbst gewählten Kampfleitungen geführt wird. Deshalb ist es notwendig, in jeder Bewegung die Frage der Wahl von Kampfleitungen auszurollen und diese Wahl durchzuführen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gewerkschaftsbürokratie ihrerseits versucht, Streikleitungen diktatorisch zu bestimmen, oder überhaupt die Leitung für sich selbst beansprucht.

Materielle Unterstützung im Wirtschaftstampe

In dieser Frage bestehen ebenfalls Differenzen mit den Rechten und Verhältnissen. Die Rechten erklären, daß die Wahl von Kampfleitungen nur unter Leitung der Gewerkschaften zulässig ist. Das entspricht ihrer Auffassung, daß man das Monopol der Gewerkschaften zur Führung der ökonomischen Bewegungen nicht brechen dürfe. Die Verhältnisse sind für Kampfleitungen, aber sie erklären, daß ihre Wahl erst dann zulässig ist, wenn die revolutionäre Opposition über den entscheidenden Einfluß unter den organisierten Arbeitern, die sich im Kampfe befinden, verfügt. Beide Gruppen lehnten deshalb im Ruhrkampf und in anderen Kämpfen das Vorgehen der Partei ab, die sich bei der Wahl von Kampfleitungen auf die breiten Schichten der Arbeiter, unorganisierten wie organisierten, stützte, sie in Bewegung brachte. Es gelang der Partei in verschiedenen Kämpfen, die Wahl zahlreicher Kampfleitungen durchzuführen, die Abwägung der Bewegungen durch die Gewerkschaftsbürokratie wiederholt zu verhindern und eine breite Unterstützungsaktion zu organisieren. In dieser Tätigkeit fand die revolutionäre Opposition in der KPD eine große Unterstützung.

Der Hamburger Werftarbeiterstreik, der Ruhrkampf, die Münchener-Grabbacher Metallarbeiterstreik und andere Bewegungen stellten das Problem der materiellen Unterstützung unorganisierten Arbeitermassen zur Erhaltung ihrer Kampfbereitschaft auf die Tagesordnung. Die Methoden, die in den Bewegungen von der revolutionären Opposition zur Sicherung der materiellen Unterstützung für die kämpfenden angewandt wurden, haben sich als außerordentlich massenmobilisierend und wirksam erwiesen. Es gelang, die Kommunen und den Staat zur Herausgabe von Unterstützungen durch den Massen Druck zu erzwingen. Daran ändert sich nichts, wenn auf dem SPD-Parteitag die sozialdemokratischen Minister die Unterstützung der Ruhr-Metallarbeiter aus staatlichen Mitteln als ihre besondere Heldentat hinstellten. Die Arbeiter wissen, daß sich diese Kapitalisten bis zum letzten Moment geweigert haben, solche Unterstützungen zu zahlen, daß sie gegen solche Unterstützungen sind. Der betrieblige ADBB. Schlußspruch ist das in einem Artikel im „Gewerkschaftsblatt“ 1929, betitelt: „Die Lehren des Ruhrkampfes“ auch offen aus:

„In diesem Kleinstreik haben die unorganisierten durch die Unterstützung der organisierten Kollegen und der ihnen nahestehenden politischen Parteien einen Erfolg zu verzeichnen gehabt und zwar dadurch, daß sie, o. T. die Gewerkschaftsbürokratie, sozusagen eine gewerkschaftliche Unterstützung von Reichs wegen erhalten haben. Wenn das aber ein Präzedenzfall werden sollte, wäre den Gewerkschaften damit nicht gedient. Die folgerichtige Konsequenz wäre

nämlich, daß auch Streikunterstützung aus öffentlichen Mitteln gefördert und gewährt werden müßte. Damit würde dann der Staatsschatz der unorganisierten unter Führung der KPD, die finanzielle Unterlage gegeben.“

Zahlreich sind die Fälle, wo die Gewerkschaftsbürokratie kommunistische Stadtkommandos aus den Betrieben ausschloß, weil sie Anträge stellten auf Unterstützung kämpfender Arbeiter durch die Kommune.

Betriebsräte und Vertrauensleute

Vom Volksgesundheitsrat der KPD ist eine kleine Broschüre herausgegeben worden mit dem Titel: „Streiktaktik und Streikstrategie“. Die Broschüre enthält den Beschluß der Straßburger Konferenz der KPD, die genaue Anweisungen über die Organisierung und die Funktion im Wirtschaftstampe der verschiedenen revolutionären Organe enthält.

Die revolutionären Betriebsräte sind geeignet, die Massenmobilisierung wirksam zu fördern. Sie haben die Aufgabe, die täglichen Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer wirksam zu vertreten. Die Betriebsräte können jedoch nicht die Kampfleitungen ersetzen. Die großen Erfolge, die die Partei bei den letzten Betriebsrätewahlen gehabt hat, haben vor der gesamten Partei eine ganze Menge Betriebsrätefragen aufgeworfen. Wir haben darüber mehreremale geschrieben. Was ich hier betonen will, ist die Notwendigkeit der Schulung der revolutionären Betriebsräte für ihre Aufgaben im ökonomischen und politischen Kampf. Außerdem muß allen Erstes die Frage des Zusammenstufes der Betriebsräte gestellt und gelöst werden.

Einige Worte in diesem Zusammenhange zu unserer Taktik bei den Betriebsrätewahlen. Es ist bekannt, daß uns die Rechten und Verführer beschuldigen, wir liquidieren den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften, weil wir die Aufstellung revolutionärer Einheitslisten für solche Fälle propagieren, wo die reformistische Bürokratie sich weigert, die Aufstellung der freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorschlüsse in den Belegschaftsversammlungen vorzunehmen. Nach den Erfolgen, die wir bei der Anwendung dieser Taktik erzielt, ist die Abneigung in der Partei gegen die Aufstellung selbständiger Listen vermindert worden. Trotzdem ist es notwendig, ganz eindeutig festzustellen, daß ein Verzicht auf selbständige Listen, unter den oben aufgezählten Bedingungen, einen Verzicht auf die Durchführung der Linie des 4. KPD-Kongresses und des 6. Weltkongresses bedeutet.

Die revolutionären Betriebsräte müssen den Apparat der revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben schaffen. Keine Betriebsabteilung darf in Zukunft ohne revolutionären Vertrauensmann sein. In diesen Abteilungen, wo bereits gewerkschaftliche Vertrauensleute bestehen, führt die revolutionäre Opposition den Kampf zur Beseitigung der Reformisten aus dem Vertrauensmännerkörper. Werden jedoch sogenannte Vertrauensleute von der Gewerkschaftsleitung diktatorisch bestimmt, so organisiert die revolutionäre Opposition die Wahl revolutionärer Vertrauensleute trotz des Vorhandenseins der Beauftragten der Gewerkschaftsbürokratie. Zur Finanzierung der Tätigkeit der revolutionären Vertrauensleute wird die Einführung von sogenannten Scherkerlassen eine immer größere Bedeutung erlangen. Es ist zu empfehlen, aus der Versammlung der revolutionären Vertrauensleute heraus einige Komitees zu wählen und die Einführung eines Scherkerlasses, die von den Ob-leuten verwaltet wird, zu beschließen.

Erscheinungen, die zu überwinden sind

Die gesamte Tätigkeit der Massenmobilisierung und der Herausbildung einer revolutionären Führung der Arbeiterkämpfe leidet im Betriebe die zuständige Betriebszelle und in größerem Rahmen die zuständige Parteileitung. Die Partei wird aber zur Lösung dieser großen Aufgabe nur fähig sein, wenn sie ihren Kampf gegen die gewerkschaftslegalistischen opportunistischen Tendenzen in den eigenen Reihen konsequent weiterführt. Die wichtigsten Erscheinungen, die es zu überwinden gilt, sind:

1. Die Unterdrückung der aufsteigenden revolutionären Entwicklung (Unterdrückung des historischen Bedeutung des Auftretens der revolutionären Opposition im Ruhrkampf, der Taktik bei den Betriebsrätewahlen und des Proteststreik-Bewegung gegen den Polizeiterror).

2. Unterdrückung der Macht der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie, Unterdrückung der eigenen revolutionären Kräfte, Unterdrückung der Rolle der Partei, Gewerkschaftslegalistische Einstellung, Tendenz zur Erhaltung der formalen Gewerkschaftseinheit unter Verzicht auf die Tätigkeit in den Betrieben, Illusionen über die „Möglichkeit“, Teile der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

3. Unterdrückung des revolutionären Charakters der unorganisierten Arbeiter, ungenügender Kampf gegen die Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen, Zurückweichen vor den Angriffen der Reformisten usw.

4. Die hier und dort auftretenden Tendenzen zum Austritt aus den Gewerkschaften, am dem schwerigen Kampf mit der sozialimperialistischen Bürokratie in den Verbänden durch die unmittelbare Bildung neuer Organisationen zu umgehen.

5. Ungenügende Erkenntnis der entscheidenden Bedeutung der vorbereitenden Kampfmaßnahmen, Kampfleitungen, Streikleitungen, sowie internationalen Betriebsbelegierten und Vertrauensleuten. Unterdrückung der großen Möglichkeiten für die Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte zur Mobilisierung der Massen.

6. Ungenügende und zu späte Vorbereitung der Arbeiterkämpfe.

Wie muß der Kampf gegen Ausschlässe und Spaltungen geführt werden?

Das Ziel der Gewerkschaftsbürokratie bei der Durchführung ihrer Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen ist, die führenden oppositionellen Arbeiter von den Massen der Gewerkschaften abgliedern zu isolieren. Die Aufgabe der revolutionären Opposition ist, diese Manöver der Gewerkschaftsbürokratie durch die umfassende Massenmobilisierung in Verbindung mit ihrer Tätigkeit zur Organisierung und Führung der Wirtschaftstämpfe zu durchkreuzen. Die Gewerkschaftsopposition darf keine Positionen in den Gewerkschaften kampflos preisgeben. Es werden notgedrungen hier und da ausgeschlossene oppositionelle Zehntel und Branchen selbständig existieren müssen. Diese Organisationen sind keineswegs die Grundlage unserer Arbeit, sondern Nebenprodukte des Kampfes der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Es gibt Genossen, die die Bedeutung der Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen der Reformisten überschätzen und die Gründung neuer revolutionärer Gewerkschaften fordern. Die Gründung neuer paralleler Gewerkschaften in der jetzigen Zeit wäre nicht ein vorwärtsschreitender, sondern ein hemmender Faktor in der Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes.

Wie werden sich die Verhältnisse in der Zukunft entwickeln? Je mehr die breitesten Schichten der Arbeiter durch die revolutionäre Tätigkeit der Partei erfasst und beeinflusst werden, in dem Maße, wie das Selbstbewusstsein der Massen gehoben, ihre Kampferfahrungen gesteigert und sie für ein selbständiges Auftreten im ökonomischen und politischen Kampf befähigt werden, im selben Verhältnis vollzieht sich die Fokalisierung des sozialimperialistischen Gewerkschaftsapparates von den Massen. Die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kommt Schritt für Schritt ihrem Ziel näher, die Massen für den Klassenkampf zu gewinnen und sie dem Einfluß der verträglichsten Gewerkschaftsbürokratie zu entziehen. Gleichzeitig wird die Gewerkschaftsbürokratie zu immer offeneren sozialfaschistischen Methoden ihres Kampfes gegen die proletarischen Massen gezwungen.

Im Verlaufe dieses Prozesses wird die sozialimperialistische Bürokratie ihre Ausschlußmassnahmen fortsetzen und steigern. Dort, wo es gelingt, sie von ihren Funktionen in den örtlichen Organisationen zu verdrängen, wird sie versuchen, diese revolutionären Teile der Gewerkschaften zu zerschlagen.

Wir befinden uns in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Genossen Stalin bei in der Sitzung des Präsidiums der Exekutive am 19. September 1928 ausführte:

„Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwechselt, kann man da behaupten, daß der Kampf der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse ohne ein gewisses Sprengen des bestehenden reformistischen Gewerkschaftsrahmens abgehen kann? Es ist klar, daß man derartiges nicht behaupten kann, ohne einem Opportunismus zu verfallen. Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen, entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verlaufenden Bowgen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.“

Wir fürchten die Entwicklung nicht, wenn wir die Politik des 4. KPD-Kongresses und des 6. Weltkongresses durchführen. Die so entstehenden Spalter, oder die hier und dort im Zusammenhang mit diesen Abspaltungsmassnahmen entstehenden Verbände sind Begleiterscheinungen des Kampfes der revolutionären Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie und noch nicht die Grundlage einer allgemeinen einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Wir dürfen nicht vergessen, daß in Deutschland Arbeitergewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von mehr als 6 1/2 Millionen vorhanden sind.

Die Partei stellt deshalb nicht die Lösung der alten kapitalistischen Lösung auf: Eroberung der Arbeitermassen, Kampf zur revolutionären Umwandlung der Gewerkschaftsverbände zu einer einheitlichen Klassenbewegung, organisiert nach den bestehenden Indikatoren und geleitet im Sinne des revolutionären Kampfes. (Stimmliches Beifall)

Von Arthur Dombrowski

Breslau, 21. Juni.



Vor 11 Monaten öffneten sich die Zuchthausstore für Max Hoelz. Fast 7 1/2 Jahre hat er...

apparats, zur Diktatur des Proletariats, der alle revolutionären Proletarier, der alle Gelichteten und Umgehenden befehlt.

Im Sommer 1922 wurde Max Hoelz per Auto von Münster in die Zuchthauszelle nach Klettschau geschleppt. Hier glaubten die...

Wir wollen Max Hoelz' Genossen sein, Wir wollen ihn befreien!

Als der Eingekerkerte in den Hungerstreik trat, wurden die Demonstrationen häufiger. Den Wärtern wurde Angst und Bangs. Del...

Wer will mit uns gehen? Wer will mit uns gehen? Wenn Hoelz Max befreit!

Die Proletarier in Breslau, Langenbielau und Waldenburg, zu denen Max Hoelz in diesen Tagen sprechen wird, sowie das gesamte...

Rot Front — trotz alledem! Es lebe die proletarische Revolution!

Sofaltermin in der Morbsache Neumann

Gestern Donnerstag vormittag fand in der Morbvilla in Elisabethwalde ein Sofaltermin statt, an dem der Unter...

Genosse, Genossin, hast Du schon

ein Programm zum Saalportfest am Sonnabend, dem 22. Juni, um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus, und eine Eintrittskarte zum Massen...

Achtung Ordnung für Jirkus Busch

Die von jedem Stadtblatt zu stellenden fünf Genossen treffen sich um 19 Uhr am Jirkus Busch. Die Hauptkassierer erscheinen um 18 Uhr im Parteibüro.

Selbstmord. In seiner Wohnung Brunnenstraße 17 hat sich am Donnerstag der Bergingenieur A. R. erhängt. Der Grund zur Tat ist in längerer Erwerbslosigkeit zu suchen.

Selbstmordversuche. Am Donnerstag wollte sich in ihrer Wohnung Sternstraße 42 die Ehefrau H. F. mit Salzsäure vergiften. Sie wurde von ihrem Ehemann daran gehindert. — Der Monteur M. St. versuchte sich in seiner Wohnung mit Gas zu vergiften.

Beim Baden ertrunken. In der Ober beim Wappenhof ist am Donnerstag gegen 14.00 Uhr der Bädergehilfe Alfons Milena sich von der Hübenstraße 108 ertrunken.

Eine neuer Unglücksfall an der Kaiser-, Ede Biergartenstraße ereignete sich dadurch, daß ein Auto, das in schnellem Tempo von der Bahnhofsstraße kommend, an der Verkehrsinsel, Biergarten-, Ede Kaiserstraße, nicht abbremsen, den praktischen Arzt Dr. Dreschner überfuhr, der Verletzungen am Kopf, Armen und Beinen davontrug. Erst nach den Unfällen der letzten Tage hat sich die Polizei bemerkt gesehen, an dieser Straßenkreuzung einen Verkehrsposten aufzustellen, der seit gestern früh den Dienst versieht.

Unterdrückungen bei der Bahnpost. In Breslau wurde der Bahnpostbeamte Karl Junz aus Dresden festgenommen. Er wird beschuldigt, eine gewisse Anzahl von Einschreibebriefen mit Geldbeträgen unterschlagen zu haben.

Verstärktes Urteil. Am 2. April wurde der 33 jährige unverheiratete Schneidergeselle Sch. wegen Stillschleppens, begangen an einem acht- und einem neunjährigen Mädchen, zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Da die Kinder an ihrer Gesundheit Schaden genommen hatten, legten sowohl der Staatsanwalt als auch der Vater der Kinder Berufung ein. Die V. Strafkammer als Berufungsinstanz verurteilte nunmehr Sch. zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus.

Arbeiter-Sportartikel. Heute, Freitag, müssen alle Vereine von 20 Uhr an die Sonnabend-Karten im Gewerkschaftshaus abrechnen. Nicht abgerechnete Karten müssen bezahlt werden. Die Stadionkarten werden Sonntag in der Stadionverwaltung abgerechnet.

Freie Turnerschaft (6. Männer-Abteilung). Handballspieler (Jugend und Männer). Heute, Freitag, 19 Uhr, wichtige Versammlung bei Altmann.

Für die Dresdener Genossen werden noch einige Quartiere benötigt. Genossen, die einen Dresdener in Quartier nehmen wollen, teilen dies bis Sonnabend, 16 Uhr, beim Kartellbüro Friedrich-Wilhelm-Straße 45, mit.

Mittelschlesien

Strehlen. Wie die Baradenbewohner behandelt werden. Der Wirt der städtischen Baraden Nr. 9 glaubt gegen die Bewohner recht „sorgf.“ vorgehen zu müssen. Seine Frau bestiehlt sich in der gleichen Weise. Ihr liegt es ob, auf die Fenster der anderen Leute zu klettern, um zu sehen, was dort nicht passiert, was sich nicht mit den städtischen Grundstücken des Vaterländischen Frauenvereins vereinbaren läßt. Schon vor zwei Jahren ging der Wirt gegen die revolutionären Arbeiter vor, indem er Plakate des R.F.V. von der Hauswand herunterriß. Diese Tat ist wohl nicht richtig belohnt worden; denn einen Orden für bewiesene Tapferkeit hat er vom Krieger-Verein bis jetzt noch nicht bekommen. Auch auf sein Seelenheil ist er sehr bedacht. Proletarierfrauen, welche die ganze Woche arbeiten, hat er das Wäschewaschen am Sonntag verboten. Als sich im Vorjahre zwei Stelndarbeiter ein Stückchen Land kultivierten, rammte er fast die Türen des städtischen Bauamtes ein, um die Leute um ihr Gärten Vergnügen zu bringen. Um 20 Uhr ist bei ihm Totschuß, so daß die Leute, die noch in den Gärten sind, durch süßliche Regenpfeifen oder meterhohes Gras gehen müssen, um nach ihrer Wohnung zu gelangen. Einen dort wohnenden Genossen brachte dieser Wirt wegen einem Hunde und einem waffenscheinfreien Leiching der Polizei zur Anzeige. Es wäre angebracht, daß der Magistrat in den Baraden einmal zum rechten steht. Die dort wohnenden Arbeiter, für die es schon eine Strafe ist, in diesen Baraden hausen zu müssen, wollen sich nicht ebendrei noch von einem Wirt tyrannisieren lassen.

Das Gespenst auf der Friedhofsmauer. Abergläubische Gemüter verfehte in den letzten Tagen eine eigenartige Erscheinung in Schreden: auf der Mauer des katholischen Friedhofes trüben ein — Gespenst, ein weißbärtiger Mann im Hemde oder dunklem Überzieher, der eilends die Mauer hin und her eilte. Die Polizei hat das Gespenst bald in der Person eines alten Sonderlings vertrieben.

Das Opfer eines Mißverständnisses wurde ein dem hiesigen Amtsgericht als Richter zugetretter Assessor. Als dieser die Bahnsteigpforte passierte, wurde er unter dem Verdacht verhaftet, ein verfolgter Fahrradschwindler zu sein. Seine Proteste und der Hinweis, daß er am hiesigen Amtsgericht als Richter angestellt sei, nützten ihm nichts. Er mußte mit der Polizei, und erst auf dem Wege dorthin klärte sich der Sachverhalt auf.

Frau Geier vor dem Schwurgericht

Mu. Vor dem Schwurgericht begann gestern der Prozeß gegen die 34 Jahre alte Vorloshändlerin Elisabeth Geier von der Weißberggasse 44, die in der Nacht zum 21. Juli 1928 ihre sieben Jahre alte Tochter Ruth durch einen Halschnitt mit dem Rasiermesser tötete und drei Tage später mittels großer Mengen von Petroleum und Spiritus das Haus in Brand steckte, in der Absicht, die im gleichen Hause wohnenden Familien Schadol und Schmidchen durch das Feuer umzubringen. Die Anklage lautet auf Totschlag, versuchte Tötung in fünf Fällen und Brandstiftung. Zu der Verhandlung sind vierzig Zeugen und vier medizinische Sachverständige geladen. Die Angeklagte, die seit Jahren von ihrem Mann getrennt lebt, betrieb auf der Weißberggasse ein kleines Vorloshgeschäft. Infolge eines Zusammenstoßes ihres Bruders mit einem Hausbewohner bestand ein gespanntes Verhältnis zwischen der Frau Geier und der Familien Schadol und Schmidchen. Es kam dauernd zu heftigen Austritten, und im Anschluß daran zu Anzeigen wegen Nötigung, Verleumdung und Kuppelerei gegen Frau Geier. Die eingeleiteten Verfahren ergaben dann die Grundlosigkeit der Anzeigen. Ein daraufhin von Frau Geier gegen die feindlichen Hausparteien angestrigtes Verfahren wegen Meineids wurde wegen Mangels an Beweisen niedergeschlagen; ein weiteres Verfahren wegen Körperverletzung wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil kein „öffentliches Interesse“ vorläge.

Durch diese Ablehnungen setzte sich in Frau Geier ein Gefühl der völligen Hilflosigkeit, des Verlassenseins fest.

Dieses Gefühl verstärkte sich noch, als das Jugendamt einen Antrag, ihre Tochter Ruth wegzuschicken, da das Kind durch die sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisse im Hause gefährdet sei, abschlägig beschied, weil die von Frau Geier vorgebrachten Gründe nicht für ausreichend (!) angesehen wurden. Zu der seelischen Zermürbung kam noch die immer miß-

licher werdende wirtschaftliche Situation, die sich zur Katastrophe auszuwuchs, als böswillig das Gerücht ausgebreitet wurde, Frau Geier und ihr Bruder seien geschlechtskrank. Von da ab ging das Geschäft rapide jurid, so daß es geschlossen werden mußte. In ihrer Ratlosigkeit sah Frau Geier nur noch den Ausweg der Selbsthilfe. Ein furchtbarer Plan war in ihr gereift.

Da alle ihre Versuche, aus dem trübten Milieu herauszukommen, fehlgeschlagen waren, beschloß sie, die ihr feindlich gesinnten Gewalten zu vernichten.

Sie schaffte 120 Liter Petroleum und 30 Liter Spiritus an; mit diesem Brennstoff wollte sie das Haus in Brand setzen, und sie hoffte, daß die beiden Familien Schmidchen und Schadol in den Flammen umkommen würden. Zuerst beschloß sie, ihr Kind umzubringen, weil es nicht als Kind einer Mörderin gezeichnet sein sollte. Lange rang sie mit sich, bis sie dann am 21. Juli 1928 die Kraft fand, den entsetzlichen Voratz auszuführen. Mit einem Rasiermesser brachte sie dem im Bett liegenden Mädchen einen Schnitt am Halse bei, an dem das Kind verblutete. Den Plan mit der Inbrandsetzung des Hauses konnte Frau Geier nicht sofort ausführen, da sie gefürchtet wurde. Erst drei Tage später loberten die Flammen auf, ohne aber zu jenem Resultat zu führen, das die Brandstifterin gewünscht hatte. Die Feuerwehre traf alsbald am Brandort ein und rettete die vom Feuer bedrohten Hausbewohner. — Frau Geier verließ nach der Tat das Haus, um sich im Gefängnis auf der Fleischlaube selbst zu stellen. Nach langem Umherirren im Dektor ließ sie sich dann von einem Schupo am Venderplatz zur nächsten Polizeiwache bringen. Bei der ersten Vernehmung gestand sie sofort alles ein.

Eine bleiche, sympathische Frau, die da schwarz-gelbeidet in der Anklagebank sitzt. Schlicht, mit offenem Blick, ohne jede Pose, schildert sie ihren Leidensweg in der Wohnung Weißberggasse 44. (Wir werden über den Prozeß weiter berichten.)

RAST Saal-Sportfest Sonnabend, den 22. Juni, 19.30 Uhr Gewerkschaftshaus (Großer Saal)

Gutes, reichhaltiges Programm Programme bei allen Arbeiter-Sportlern, in der Sport-Zentrale, Friedrich-Wilhelm-Str. 47, „Frischluft“, Nikolaistraße 14-16 und im Gewerkschaftshaus-Restaurant

Versammlungskalender Stadtblatt Sud. Die Funktionäre des Stadtblattes treten am Freitag zur Max-Hoelz-Rundgebung um 18.30 Uhr bei Banka an.

Ortsgruppe Schwitz und Gumbfeld. Freitag um 18.30 Uhr antreten zur Max-Hoelz-Versammlung. Häufig beim Genossen Kolbora. Kommunistischer Jugendverband. Dresden. — Abrechnungen und Berichtsbogen sind sofort einzufenden! 19 Uhr am Nikolausplatz. — Gruppe Nord. Sonnabend Funktionärsversammlung bei S. Kreuzstraße. Unterbezirk Waldenburg. Sonnabend 17.30 Uhr Treffen am Bahnhof-Südtor. — Nach zur Abholung des Genossen Hoelz. Anschließend Rundgebung im „Liesbau“. Sonnabendfeier bis Sonnabend, den 20. Juni, verschoben. Wieder-Schlagbaum. Freitag fällt der Heimabend aus. Die Genossen mit Fahrrädern treffen sich um 18 Uhr beim Genossen Paul. Wir fahren nach der Zehsburg zum Holz sammeln. — Sonnabend treffen sich alle Genossen und Genossinnen um 17.45 Uhr an der Endstation am Abmarsch nach der Zehsburg. — Sonnabend treffen sich alle Genossen und Genossinnen um 17 Uhr am „Arenä“ zum Abmarsch zu der Sonnabendfeier auf der Zehsburg. — Weisklein. Freitag 19.30 Uhr Heimabend im Jugendklub. Sonnabend treffen sich alle Genossen und Genossinnen um 18.30 Uhr an der Gemeindegemeinde zum Abmarsch nach der Zehsburg. Instrumente mitbringen. Zehsburg. Freitag geben die Genossen nach der Zehsburg Holz sammeln. Am Sonnabend treffen wir uns um 18.30 Uhr am „Schlagbaum“ zur Abmarsch nach der Zehsburg. Sonstige Organisationen. — Arbeiter-Sportklub. Sonntag um 12.15 Uhr Reisingstraße Kurve zum Nikolausplatz. — Strehlen. Verband für Freizeitsport und Freizeitsport. Freitag 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Monatsversammlung. Abteilungs-Gesellschaften werden erwartet. — Weisklein. Arbeiter-Sportklub. Sonntag 9 Uhr sammeln sich alle aktiven Mitglieder auf dem Sportplatz zum Reichsarbeiterfesttag.

Waldenburger Bergland

MAX HOELZ in Waldenburg!

Hoelz spricht am Sonnabend, den 22. Juni, 1929, 18.30 Uhr, in Dittersbach, im Lokal „Tiefbau“. Anschliessend an die Kundgebung

Demonstration nach Waldenburg zur gr. öffentlich. Kundgebung auf der Viehweide

Zur Abholung des Genossen Hoelz treffen sich die Arbeiter u. Arbeiterinnen geschlossen um 17.20 Uhr, auf d. Bahnhof Dittersbach.

An alle Parteigenossen und Genossinnen des Unterbezirks Waldenburg

Der Genosse Max Hoelz kommt am Sonnabend, dem 22. Juni, mit dem Zuge 17.20 Uhr auf dem Bahnhof in Dittersbach an. Wir fordern alle Genossen und Genossinnen, welche durch Schicht nicht verhindert sind, auf, sich reiflos zum Empfang des Genossen Hoelz um 17 Uhr auf dem Bahnhof Dittersbach einzufinden!

Unterbezirksleitung der SPD, Waldenburg.

Heraus zur Sonnenwendfeier!

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! Sonnabend, den 22. Juni, findet die Sonnenwendfeier des Kommunistischen Jugendverbandes des Unterbezirks Waldenburg auf der Zeisburg statt. Wir fordern euch auf, sich daran zu beteiligen.

Die Ortsgruppen beteiligen sich reiflos an der Sonnenwendfeier. Die Genossen, welche Instrumente besitzen, müssen diese unbedingt mitbringen. Die Parole für Sonnabend lautet: Alles auf nach der Zeisburg. Parteigenossen, beteiligt euch zahlreich an der Sonnenwendfeier!

Wie eine Bombe eingeschlagen

hat unser letzter Bericht über die Saugzylinder auf der Friedhofsanlagegrube. Kerger bei der Verwaltung und allen denen, die die ganze Woche nicht aus dem Mütt herauskamen. Heißte Freunde bei denen, denen diese Heberkundschafterei schon längst ein Dorn im Auge war, denn endlich ist man diesem System zu Leibe gegangen.

Sente können wir über einen neuen Fall berichten, der beweist, wie man mit Menschenleben umgeht. In der 17. Abteilung im Senfisch 22 ist der Jahrschacht in einem hundsmiserablen Zustande. Die Janche läuft wie aus Kanonen herunter und außerdem fehlen die Kopfschichten, infolgedessen ist der Jahrschacht unbesfahrbar und die Kumpels sind gezwungen, am Seil zu fahren. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Betriebsrat beim Steiger und der Verwaltung dorthin geworden, wo ihm versprochen wurde, Abhilfe zu schaffen, aber bis heute ist noch alles beim alten. Also: Bergbehörde, zugreifen! Wir werden auch weiter ein scharfes Augenmerk auf alles haben und solche Zustände anprangern.

Bergegeist.

Oberes Revier

Auf zur Beschäftigung! Am Sonntag findet die Beschäftigung der Zeilichen Schule in Waldenburg-Altmaier statt. Sämtliche Eltern

mit ihren Kindern, die daran teilnehmen, sammeln sich pünktlich um 13 Uhr beim Gerichtskesscham (Frydes) in Ober-Permsdorf.

Versammlung der Freien Elternvereinigung

Am Sonntag fand die Mitgliederversammlung der Freien Elternvereinigung beim Gastwirt Hildebrand statt. Es wurde der Bericht von der Konferenz in Langenbielau sowie von der Bundeskonferenz in Braunschweig gegeben. In der Diskussion wurden von unseren Genossen das Schanddokument (Konkordat) scharf kritisiert. Die anwesenden Mitglieder bekamen einen Überblick über das arbeiterschädliche Verhalten der sozialdemokratischen Minister. Politisch, wirtschaftlich und kulturell wird die wertvolle Beihilfe der SPD immer mehr geteilt. Diese Tatsachen konnten einige SPD-Mitglieder nicht gut verbauen und waren über die Diskussion erobert; selbst der Oberbeamte und durchgefallene SPD-Stadtratsvorsitzer Schöps konnte keine sachliche Erwiderung darauf geben.

Nachdem einige interne Angelegenheiten, welche ebenfalls nicht mit besonderer Befriedigung für die Mitglieder geregelt wurden, erledigt waren, kam ein heiterer Zwischenfall, indem ein stammer Reichsbannermann fluchtartig den Saal verließ, weil er glaubte, daß sämtliche Mitglieder dasselbe tun würden, da der betreffende Gastwirt aus dem Reichsbanner ausgetreten ist. Diese Angelegenheit kam noch weiter zur Debatte, und die zur Sprache kommenden Mitglieder erklärten, daß ihnen die Beschließung der SPD und Reichsbanner nicht so angehen. Ein Genosse brandmarkte das Verhalten des Reichsbanners gegenüber dem Gastwirt und erklärte, daß das Reichsbanner bei einem deutschen nationalen Gastwirt ein Familienfest abgehalten hat. Nur weiter so gehandelt, ihr Panzerkreuzer und Pfaffensozialisten, damit wird auch das letzte Mitglied aufgefressen werden.

Wen wählst du am 23. Juni in das Oberfalszbrunner Gemeindeparlament?

H. K. Wahlberechtigter Bürger von Oberfalszbrunn und Sandberg, du sollst am Sonntag über das Schicksal deiner Gemeinde bestimmen. Das alte Parlament brach zusammen durch widerlich persönliche Kampfesweise der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

War die Vertretung überhaupt imstande, infolge der bürgerlichen Hanswurstereien Remenswertes in der Gemeinde zu schaffen. Nein! Die „Christlichen“ schwarzweißroten Vertreter verhinderten durch öfteres Verlassen der Sitzungen jede Arbeitsmöglichkeit.

Wie verhängnisvoll die bürgerliche Mehrheit im Parlament war, beweist uns der Abbau der Gemeindefürsorgerein Fräulein Nots. Herr Oberpostsekretär Machel erklärte diesen so notwendigen Posten aus wahrster Christenpflicht als überflüssig. Dagegen erstarkten die Bürgerlichen die Erhöhung des Gehaltes von Oberverwaltungsinspektor Schöneich um 500 Mark jährlich (es betrug „nur“ über 7000 Mark) als äußerst notwendig. Die Bürgerlichen beantragten den Austritt aus dem Arbeitgeberverband, um einen niedrigen Haustarif zu schaffen, Angestellte abzubauen und billige Arbeitskräfte einzustellen. Das ist also die Gemeindepolitik der Bürgerlichen gewesen:

den schlechtbezahlten Angestellten Arbeit und Brot nehmen, den ohnehin gut Bezahlten noch mehr zuzuschlagen.

Wähler! Das ist die in dem schwarzweißroten Plakat gerühmte „Sparame Verwendung und gerechte Verteilung der öffentlichen Gelder“. Soll die unter Punkt 4 des Plakates angeführte „Wiederherstellung des verlorenen Ansehens des Oberfalszbrunner Gemeindeparlamentes“ Tatsache werden, dann ist das nur möglich, wenn alle Bürgerlichen aus dem Parlament verjagt werden.

Striegau

24 Stunden Nacharbeiten trotz Stilllegung

Ein Steinarbeiter schreibt uns: Zur Ueberraschung der Arbeiter der Firma Weiß und Kofr wurde ihnen mitgeteilt, daß sie 24 Stunden nacharbeiten sollen. Zu gleicher Zeit ist Stilllegung beantragt. Das bedeutet, daß die Arbeiter in ganz kurzer Zeit auf die Straße fliegen werden. Als Grund hierfür wird die schlechte Geschäftslage angegeben. 800 Arbeiter werden also auf die Straße gemorfen und sind dem Verhungern preisgegeben. Dann hat Striegau noch mehr Erwerbslose. Viele von ihnen sind ausgebeutet und müssen leben, wo sie Arbeit bekommen, wenn sie nicht verhungern wollen. Das ist das vielgeliebte Erwerbslosenversicherungsgesetz der SPD.

Schweidnitz

Freispruch im Wörfelshöhe-Prozess

Der wegen Mordes an dem 14-jährigen Gerhard Runze angeklagte Wilhelm Hoffmann wurde von dem Großen Jugendgericht freigesprochen. Wir kommen morgen auf den Prozeß ausführlich zurück!

Wisse Zustände

herrschen anscheinend zurzeit beim Städtischen Gaswerk. Die Verlegungsarbeiten auf der Chroischstraße werden denüt, um die dort beschäftigten Arbeiter zu Ueberschreitungen der Arbeitszeit zu benützen. Wir stellen fest, zu gleicher Zeit, wo in Schweidnitz Tausende von Arbeitern erwerbslos sind, gibt es dort eine gewisse Gruppe von Arbeitern, die am liebsten noch die Nacht zum Tage machen möchten. Angefangen wird da schon früh 5 Uhr, dann geht es bis abends 6 Uhr, also 13 Stunden einschließlich der Pausen. Kollegen vom Gaswerk, schämt ihr euch nicht? Viele Erwerbslose sind schon verbittert auf euch. Hat der Betriebsrat keinen Mut mehr? Kollegen vom Gaswerk, wie leicht könnt auch ihr mal erwerbslos werden!

Der kommunistische Vertreter tat das für die Einwohner, was in seinen Kräften stand.

Arbeiter, Arbeiterfrauen, Erwerbslose, Angestellte, Handwerker und kleine Gewerbetreibende! Wenn ihr Sonntag zur Wahlurne geht, denkt an die Vergangenheit und wählt nur die

Liste Nr. 2, kommunistische Partei Deutschlands!

mit folgenden Kandidaten:

1. Ernst, Friedrich, Maurer, Kuenstraße 54.
2. Günzel, Paul, Bauarbeiter, Siedlung Nr. 7.
3. Runze, Heinrich, Schmied, Fürstentiner Straße 55.
4. Günzel, Wilhelm, Bauarbeiter, Siedlung Nr. 10.
5. Köhler, Ernst, Glasarbeiter, Waldenburger Straße 31.
6. Lampert, Ernst, Bergmann, Siedlung Nr. 60.
7. Günzel, Emma, Ehefrau, Siedlung Nr. 10.
8. Friedrich, Max, Bauarbeiter, Siedlung Nr. 62.
9. Runze, Maria, Ehefrau, Fürstentiner Straße 55.
10. Pförtner, Gerhard, Maurer, Schulstraße 13.

Das Wahlrecht kann ausgeübt werden in der Zeit von 9 Uhr bis 18 Uhr, und zwar für Oberfalszbrunn und Sandberg in den früheren Wahlen bekannten Lokalen. Die Bewohner der Siedlung wählen in der Siedlerkantine.

Noch einmal verweisen wir auf die am Sonnabendabend 7 Uhr im „Hotel Sandberg“ stattfindende öffentliche Wählerversammlung, in welcher Genosse Ammon, Breslau referiert. — Wähler! Holt euch in letzter Stunde Aufklärung!

Niederschlesien

Görlitz

Der Textilschiedspruch wird schmachhaft gemacht

H. K. Für Dienstag war eine Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes einberufen worden, um Stellung zu nehmen zu dem Schiedspruch. 1½ Stunden brauchte der Verbandsangestellte Mathies, um sein Herz gegen die Kommunisten auszusüßeln. Die öffentliche Textilarbeiterversammlung der Opposition hatte es ihm besonders angetan. Wie wir von diesen Leuten gewohnt sind, hatte auch er den besseren Teil der Tapferkeit vorgezogen, er war nicht erschienen. Dafür hatte er zwei Beauftragte hingeschickt, auf die die Hitze der letzten Tage besonders eingewirkt haben muß. Er sog nämlich frech, unser Referent hätte über Textilarbeiterfragen überhaupt nicht gesprochen. Daß Mathies im Schwimmbad kaum übertrifft werden kann, beweist auch seine Behauptung, daß die kommunistischen Stadtverordneten Unterstützung nur für die Unorganisierten geleistet hätten. Endlich begann er sich darauf, daß die Versammlung ja den Zweck hatte, zu dem Hungerstreikentscheid Stellung zu nehmen. Er sagte, daß er und seine Freunde „solz auf diesen Schiedspruch“ seien. Die Textilproleten denken anders darüber, und die jetzt glauben, daß dieser Schiedspruch mit seiner fast einhalbjährigen Laufdauer für die Textilarbeiter eine Verbesserung bedeutet, wird bald eines anderen belehrt werden. Ein Diskussionsredner, der sich zur SPD bekannte, vermahnte sich gegen die Kommunistenhege und mußte selbst zugeben, daß der Schiedspruch, auf den Mathies so stolz ist, den Proleten keine Verbesserung bringt. Angeleitet durch die Schwimmbäder des Mathies und seine Kommunistenhege verließ ein großer Teil der Anwesenden die Versammlung. Eine Abstimmung über diesen schmachhaften Schiedspruch fand nicht statt. Textilarbeiter und -arbeiterinnen, stärkt die Opposition. Er kämpft euch unter ihrer Leitung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Sonnenwendfeier der Jugend!

Heute Freitag findet in Heinersdorf (Zeuselschein) eine Sonnenwendfeier der Kommunistischen Jugend statt. Alle Teilnehmer (auch Parteigenossen und -genossinnen können sich daran beteiligen) treffen sich um 19.30 Uhr am Nikolaigarten.

Lauban

Am Leben verzweifelt. In der Kolonie Wünschendorf schloß sich der Arbeiter Paul Purjche zwei Schüsse in den Kopf. Kurz nach seiner Einlieferung ins Kreiskrankenhaus verstarb er.

Sagan

Beim Tauchen zu Tode gekommen.

Am Schloßwintel vergnügte der Arbeiter Erwin Jichmann beim Baden die am Ufer stehenden Zuschauer durch seine Tauchertumftüde. Plötzlich tauchte er nicht mehr auf und ward nicht mehr gesehen. Sein Ehrgeiz, seine Tauchzeit ständig zu verlängern, dürfte ihm den Tod gebracht haben.

Bunzlau

Zu die Mähmaschine geraten

In Heiligensee geriet der Landwirt Krause so unglücklich unter die Mähmaschine, daß er schwer verletzt wurde.

Liegnitz

Achtung! Alle Genossen der Partei und sonstigen Organisationen, Zeitungsleser und Sympathisierende treffen sich Sonnabend, 19.30 Uhr, am Nordpark. Auch die Frauen sind eingeladen.

Ein ganz ungewöhnlicher Prozeß wurde am Mittwoch vor dem Amtsgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Zur Zeit der „Gugali“, im Jahre 1927, war der Kaufmann Friedrich M. aus Breslau nach Liegnitz gekommen, angeblich um Hypothekengeschäfte zu tätigen, in Wirklichkeit aber, um als Privatdetektiv bzw. Spitzel im Ehecheidungsprozeß eines hiesigen Maurers zu dienen und seine Frau zu beobachten. Gleich, wie er nach Liegnitz kam, will er nun eine Frau angesprochen haben, mit der er noch am gleichen Tage und auch später intim verkehrte. Erst nach einiger Zeit will er dann erfahren haben, daß ausgerechnet diese Frau, die er von den 22.000 Liegnitzer Einwohnern zuerst ansprach, die Frau des Maurers war, die er beobachten wollte! Er trat dann im Ehecheidungsprozeß des Maurers auch auf, was er übrigens gemahntemäßig in Ehecheidungsprozessen tun soll.

Die Oberpostdirektion

hat sanft und ruhig geschlafen, denn sonst müßte sie wissen, daß der Rote-Frontkämpfer-Bund verboten ist. Diese Woche erhielt ein Einwohner von der Dobrestrake einen Einschreibebrief, adressiert an den RFB. Sollte die Oberpostdirektion irgendwelche Forderungen haben, so raten wir, an Grzesinski oder Sebering sich zu wenden.

Sittlichkeitsverbrechen an einem Kinde. Die Sittlichkeitsverbrechen nehmen in Liegnitz überhand. Am Abend wurde ein siebenjähriger Junge von einem jungen Mann unter einer Vorpiegelung ins Bruchgelände gelockt. Hier verging sich der Mann in schwerster Weise an dem Kinde, so daß die Spuren noch zu sehen sind.

Glogau

Ein teures Schäferhündchen

Die Polizei verhaftete hier ein Mädchen, das bei einem Schäferhündchen einem Manne 120 Mark aus der Brieftasche entwendet hatte.

Im Haarsbreite dem Tod entgangen

Am Bahnhof Ortelitz fuhr ein Sandwagen über das Bahngleis, als plötzlich ein Güterzug heranbrauste. Der Schrankenwärter, der die Schranken nicht geschlossen hatte, konnte im letzten Augenblick den Pferden in die Zügel fallen und sie zurückdrehen.

Ertrunken

Unterhalb Weidisch ertrank der 31-jährige Arbeiter Gustav Kofrmann aus Jarlau.

„Chebruch“ auf Bestellung

Auch ein Gewerbe

und beschuldigte die Frau des Chebruchs mit ihm. Bei der damaligen Verhandlung kam es zu einer hochdramatischen Szene. Die Beschuldigungen gegen die Frau des Maurers, Mutter von elf Kindern, erschienen selbst ihrem Mann so ungeheuerlich, daß er die Scheidungsfrage in dem Augenblick zurückzog, als der Spitzel die Hand zum Schwur hob, und ihn so vor einem Meineid bewahrte.

Nun griff aber die Staatsanwaltschaft den Fall auf und erhob ihrerseits öffentliche Anklage wegen Verleumdung. Vor dem Amtsgericht blieb er bei seiner Anklage. Doch kam das Gericht zur Ueberzeugung, daß die Behauptung des Chebruchs unwahr ist, da die Frau des Maurers unter Eid jedes intime Verhältnis bestritt. Der Privatdetektiv, gegen den noch 19 Anzeigen wegen solcher dunnler „Geschäfte“ erfaßt worden sind, erhielt wegen verleumdeter Verleumdung einen Monat Gefängnis. Der Anwalt hatte 500 Mark Strafgefahr beantragt.

Gleiwitz

Der Polizei langts nicht auf Porto

Es ist doch wirklich ein Skandal, wenn das Polizeipräsidium nicht einmal die feinen Mittelungen die paar Pfennige für Porto nicht hat.

Von der Stadtbibliothek

In der Zeit vom 17. Juni bis 10. Juli werden in der städtischen Volksbibliothek im Stadthaus Petersdorf nur Dienstag und Sonnabend Bücher ausgeliehen.

Ausflug der AG.

Alle Genossen beteiligten sich am Freitag, dem 28. Juni an dem Ausflug der Ortsgruppe Gleiwitz der „Roten Hilfe“ nach Luban.

Wiederholungsbeitrag

Der Sozialdemokrat Plecha als Kultur-Verbreiter!

Plecha, der bekannte Sozialdemokrat und Reformist, ist gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes der Oberschlesischen Knappschaft.

Die Verpflegung der Hirne und Seelen der Arbeiterkinder ist gesichert. Stadtschulrat Dyperskall, der fromme Wallfahrer, hat einen altweiblichen Helfer gefunden.

Wer bezahlt die „Ordnung“?

Sonntag, den 16. Juni, fand bekanntlich in Annaberg eine Zusammenkunft aller „Mittelschichten und Bedenken“ statt.

Ich schlangte mich durch die Reihen der „Gläubigen“ und finde zu meinem Erstaunen auch ein modernes Auto. Einen Mercedes-Benz Nr. 46...

Wer bezahlt die Bürgerfahrt der drei Herren?

Die Stadt Hindenburg hat doch schon allerhand getan, um das leibliche Wohl verschiedener Herren sicherzustellen.

Wahrheit oder Dichtung?

In Hindenburg ist schon oft das Gerücht verbreitet worden, daß der so „beliebte“ Pfarrer Peschla aus Hindenburg abberufen wird.

Gelungene Frauenveranstaltung

A.K. Die Frauengruppe Hindenburg veranstaltete einen Unterhaltungabend, der sehr zahlreich besucht war.

Von der Straßenbahn üblich überfahren

An der Kronprinzengasse ereignete sich am Dienstag ein üblicher Verkehrsunfall. Ein Breslauer Kaufmann wurde, als er über die Straße ging, von der Straßenbahn erfasst.

Tot aufgefunden

Der Hausarbeiter Emanuel S. wurde gestern in seiner in der Sandgrube gelegenen Wohnung tot aufgefunden.

Ihren Mann vollständig beseitigt mit dem Leibe auf dem Boden liegend, leblos vor. Der hinzugerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Beuthen

Anschlag gegen die kranken Bergkumpels

Die in der „Arbeiter-Zeitung“ schon oft aufgelegte arbeitserfindliche Tätigkeit des kranken Sozialdemokraten Sobczyk in der Knappschaft wird sich immer mehr ausbreiten.

Schon jetzt werden die kranken Kumpels so schlecht wie möglich behandelt. Wer nicht im Leichenwagen zum Arzt gebracht wird, wird nicht als krank betrachtet.

Bergarbeiter, wehrt euch gegen die täglich eintretenden Verschlechterungen. Immer schärfer wird die Ausbeutung. Dies wirkt sich tag auf eure Gesundheit aus.

Ein neuer Marktplan

Infolge der Kaffierung des Montagvormittagsmarktplanes machte sich in der Bevölkerung eine große Empörung bemerkbar.

Ertrunken

Am Mittwochnachmittag ist der Arbeiter Josef Sobotta, Scharlager Straße 1a, in einem ander polnischen Landeshälfte ertrunken.

Miedowitz

In der Schüttelrutsche

Auswärtige Kriminalpolizei in Miedowitz, das will was heißen. Die Vernehmungen in dem Gemeindefandal haben begonnen.

Was ist denn los? Was hat er denn verbrochen?

Gar nichts! Die Sache, die wird eingeleitet! Wadaßli wird bestimmt fest freigesprochen!

Die Kreuzkirche scheint einen verdammt schönen „Vorabend“ zu haben. Die Kirchensteuerveranlagungen für 1929 sind verteilt.

Neisse

Klassenjustiz an der Arbeit

Vor dem Schwurgericht wurde am 17. 6. M. gegen den Arbeiter Dramosch aus Krappitz verhandelt. Die Anklage legte ihm verbotenen Mord, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt...

Nachdem die Anklage so glänzend zusammengebrochen war, beantragte der Staatsanwalt nach einer leichtenmütigen Begründung großes Monatsgefängnis.

Dieser Prozeß bewies wieder einmal, daß die Klassenjustiz, wenn es sich um Arbeiter handelt, mit den schärfsten Mitteln vorgeht.

Neustadt

Gebete gegen die Opposition im Textilarbeiterverband

A.K. Nach dreiwöchiger Kampfbauer ist nun die Textilindustrie der Gewerkschaftsführer vor den Unternehmern perfekt gelagert.

Der Führer der Opposition zeigte die Auswirkungen des Schiedspruchs für die Arbeiter. Die Erhöhung von nicht ganz 3 Pf. je Stunde ist durch Erhöhung der Massenersteuer illusorisch gemacht.

Mit Verdringung, Unterstellung und Lüge wurde vor seiten der Zeitung nach der vorher stattgefundenen Fraktionsführung der SPD gegen die Opposition und die Inorganikleren losgehoben.

Textilarbeiter, laßt diesen Wettkampf und Konforten noch oftmals heiß werden. Laßt euch nicht von den Reformisten einleisen.

Kreuzburg

Darftauer Religionshader

A.K. Im hiesigen Sägewerk kam eine Anzahl Arbeiter zur Entlassung. Alle diese Arbeiter gehören der katholischen Konfession an.

Am Sonntag, dem 28. Juni, findet um 10 Uhr eine Vorläuferkonferenz der Internationalen Arbeiter-Hilfe in Oppeln, Lokal aller Schützenhaus, statt.

Oppeln

Der Neubau auf der Straße

Am Wilhelmplatz wird das St. Walbert-Kloster durch einen Ausbau erweitert, und es ist zum Staunen, wie die Baupolizei dazu die Genehmigung geben konnte.

Versammlungskalender

An alle JAG-Ortsgruppen!

Am Sonntag, dem 28. Juni, findet um 10 Uhr eine Vorläuferkonferenz der Internationalen Arbeiter-Hilfe in Oppeln, Lokal aller Schützenhaus, statt.

Gleiwitz. Verband für Freidenkertum und Feuersbestattung. Die Mitglieder unseres Verbandes werden ersucht, an der am Sonnabend, dem 22. Juni 1929, stattfindenden Sämannweidfeier teilzunehmen.

Gleiwitz. Frauerversammlung. Alle Genossinnen der Ortsgruppe Gleiwitz versammeln sich Freitag, den 21. Juni, 19.30 Uhr, auf dem Parteibüro zu einer sehr wichtigen Kundgebung.

Hindenburg. Sonnenwendfeier. Die Mitglieder des K.A.D. sowie die Sympathisierenden sammeln sich Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, zur Sonnenwendfeier am Breinickplatz.

Hindenburg. Freidenker. Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 23. 6. M., 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Jabornje (Hilmer Saal).

Hindenburg. Achtung, Eisenbahner! Freitag, 19.30 Uhr, findet im Vereinszimmer bei Rasch, Königshütter Straße, wichtige öffentliche Eisenbahner-Versammlung statt.

Nach nicht alle Zellen und Ortsgruppen

haben die Werbekampagne richtig durchgeführt. Die Werbung geht weiter. Einige gute Ergebnisse sind schon zu verzeichnen.

Werbearbeit

Vereinigte Theater
Lobe-Theater Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 22. 6.
bis Sonnabend, den 29. 6.
täglich 20.15 Uhr
Saisonverkauf 1929
Kasse im Lobe-Theater
in 12 Bildern
Leite: Max Dphlls
Musik von Harry Walton

Geschlossen!

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Freitag und Sonnabend 20 Uhr
Letzte Gastspiele
des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike
Sonntag 20 Uhr
Abschiedsabend
des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike
Letzte Operetten-Aufführungen
der Spielzeit
Montag 20 Uhr
Drei arme kleine Mädel
Dienstag 20 Uhr
Der Jarewitsch
Mittwoch 20 Uhr
Der Kastelbinder
Donnerstag 20 Uhr
Das Dreimäderlhaus
Freitag 20 Uhr
Schwarzwaldmädel
Sonnabend 20 Uhr
Die Clardasfürstin
Sonntag 20 Uhr
Gräfin Mariza



Räder . . . 37.50
Räder a. Teilzahlig
Rahmen gelöt 15.—
Halbrenner . . . 25.—
Felgen gelb . . . 0.95
Schlauchreifen la 0.75
Lenker engl. . . 1.95
Schläuche . . . 1.10
Torpedo, orig. . . 11.45
Griffe . . . 0.25
Schutzbleche 0.60
Öl . . . 0.15
Kalder, Zimmerstr. 1

Sie verdienen
Sie täglich

10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen

Reste

in Serge, Mittel, Leinwand, Aermelstücker
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdöl
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau

Geinrichstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Weißberggasse 43

Inserate

haben in
unserer Zeitung
guten
Erfolg

Zentral-Bekleidungshaus
Herren- und Knaben-
Berufs- und Arbeiterbekleidung
Matthiasstrasse 124

Helvetia-Pflaumen Apfel-Marmelade

2-Pfund-Eimer 0.89 1-Pfund-Eimer 0.56
Stiebler Dreifrukt-Marmelade, 2-Pfd.-Eimer 1.05
Stiebler Erdbeer/Apfel-Marmelade 2-Pfund-Eimer 1.35
Stiebler Johannisbeer-Marmelade 2-Pfund-Eimer 1.35
Stiebler Erdbeer-Konfitüre, 2-Pfund-Eimer 1.75
Schles. Molkerei-Butter 1/2 Pfd.-Stück 0.90
Rindertalg Pfund 0.50
Grübenschmalz Pfund 0.98
Amerik. Schweineschmalz . . . Pfund 0.68
Amerik. Rückenspeck, fr. geräuchert, Pfund 1.00

Sonder-Angebot

1500 Glas Hering in Gelee
2-Pfund-Glas 0.85, 1-Pfund-Glas 0.68
strammé Packung, klarer Gelee

Freitag und Sonnabend

Billige Tage für frisches Gemüse

Oberrüben Mandel 0.50
Karotten Bund 0.17
Schoten Pfund 0.35
Grüne Bohnen Pfund 0.35
Blattsalat 4 Kopf 0.10
Tomaten Pfund 0.45
Grüne Gurken Pfund 0.25
Ital. Kartoffeln 2 Pfund 0.25

Otto Stiebler

Breslau, Zwingerplatz 5 und 31 Filialen

Groß-Waarenlager!

Groß-Einkauf, eigene Herstellung und äußerste
Kalkulation sind die Faktoren meiner konkurrenz-
losen Leistungen. Diesmal bin ich — bedingt
durch besonders günstige Einkäufe — noch billiger.
Komm Sie noch heute, morgen könnte es zu spät sein.
Herren-Anzug in mod. Farb., gut. Stoffe 19.00
65.00, 54.00, 45.00, 38.00, 27.00, 22.00
Blauer Kommoden-Anzug, reine
Wolle, pr. Qual., Ersatz für Maß, 68.00, 58.00 48.00
Sportanzug, haltbare Qualitäten, 23.00
fabrikhafte Muster, 48.00, 38.00, 29.00
Knickerbocker, in allen Größen und
Farben . . . 12.50, 10.75, 9.75, 8.50, 6.50 4.75

Windjacken, Lusterjacken, gestr. Hosen
Breches-Hosen, Gummi-Mäntel
in größter Auswahl

Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung

Ljovon Gombinow

Teichstraße 31, Ecke Springerstr. 1 Minute vom Hauptbahnhof

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch . . . Pf. 0.90—1.20
Schweinehälften . . . 1.50
Schweinekotletts . . . 1.50
Rindfleisch o. Knoch. Pf. 1.10—1.90
Suppenfleisch . . . 0.80—1.00
Kalbfleisch m. Knoch. " 1.10—1.30
Kalbfleisch o. Knoch. " 1.30—1.60
Räucherfleisch . . . 1.80—1.40
Mädelfleisch . . . 1.20—1.30
Freische Schweineköpfe . . . Pf. 0.40
Frischer Speck (deutsch) . . . 1.00
Schweinefett (deutsch) (Siebenfett) . . . 1.00
Gulaschfleisch . . . Pf. von 0.80 an
Gehacktes . . . Pf. von 0.70 an
Lungenfett . . . " 0.80
Gepökelte Gänse . . . " 0.85
Räucherfleisch (deutsch) . . . Pf. 1.10
Gefochter Schinken . . . 1/4 Pf. 0.85
Hoher Schinken . . . 1/4 Pf. 0.65
Lachsfilets . . . 1/4 Pf. 0.65
Pfefferkopf, Mortabella . . . 1/4 " 0.25
Mettwurst . . . " 0.80
Braunschweiger . . . 1/4 Pf. 0.25—0.35
Beberwurst . . . 1/4 Pf. 0.20—0.40
Polnische . . . Pf. 0.80—1.00
Knochenwurst . . . Pf. 0.60—0.60
Frischer Kusschnitt . . . 1/4 Pf. 0.45
Geräuchert. Beberwurst Paar 0.20—0.30

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurst-
waren zu billigsten Preisen empfiehlt

Adolf Weiß

Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Molltestraße 18 / Fernspr. 25 669

**Diamant-Görcke-
Triumph-, Presto-
Fahrräder**

R. Kühn
Herdainstraße 28
Ecke Arletiusstr.
Reparaturwerkstatt
Günstige Teilzahlung

Schaefer-Einreibung

berühmt und bewährt bei Rheumatismus
und Nervenschmerz, wird nach einem
alten Original-Rezept in meinem La-
poratorium hergestellt in Flaschen zu
0.50, 0.90, 1.90 M. Helen-Apoth. Münster-
berg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Fahrräder

bequeme Teilzahlg. Reparaturwerkstatt
G. Schneider, Matthiasstr. 205

Franz Potstada

Nirschberg
Außere Burgstr. 3
Roh-Fleisch- und Wurstwaren

Sie beden Ihren Bedarf in
Kurz-, Woll- u. Wollwaren
vorteilhaft
im Sortimentslager
Karl Brendel
Gottesberg, Markt 12

**Obst, Südfrüchte,
Gemüse u. Kartoffeln**
empfiehlt
Gustav Niepel
Grünzeughandlung
Gottesberg, Alte Bahnhofstr. 6

Kurz-, Woll- und Wollwaren
sowie sämtliche
Arbeitergarderoben
empfiehlt
A. Flegel
Gottesberg, Candesrufer Straße 25
Teilzahlung gestattet!

Fleisch- und Wurstwaren
Otto Radtke
Schweidnitz / Frühstückstube

Empfehle:
Kolonialwaren
Delikatessen
Weine
Schokoladen
Konfitüren
Cabakwaren
P. Buchwald
Paul Goldmanns
Nachfolger
Schweidnitz
Hohstraße 35

Zur Kompottbereitung
fehlt es zurzeit noch immer an frischen Früchten.
Unser reiches Sortiment in

Backobst

Wir bieten Ihnen
etwas Besonderes!

letzter Ernte bietet hochwillkommenen Ersatz und
wir offerieren in vorzüglichen Qualitäten:

1928 er **Pflaumen** 45
80/90 stückig Pfund
1928 er **Pflaumen** 55
60/70 stückig Pfund
1928 er **Pflaumen** 70
40/50 stückig Pfund
1928 er **Pflaumen** 80
25/35 stückig Pfund
1928 er **Mischobst** 70
Norma Pfund
1928 er **Pflirsiche** 90
extra choice Pfund
1928 er **Birnen** 100
helle choice Pfund
1928 er **Ringäpfel** 105
„prime States“ Pfund
1928 er **Aprikosen** 125
extra choice Pfund

Die vorgenannten Obstarten zeichnen sich durch
hohe Ergiebigkeit aus und führt ein Ver-
such zu dauernder Verwendung

Für den vollen Einkaufswert verabfolgen wir
Einkaufsgutscheine, die am Jahreschluß mit
6 Proz. Rückvergütung bezahlt werden

**Waaren-
Einkaufs-Verein**
zu Görlitz AG.

Schokoladen aller Art
Spezialität: Trumpl-Schokolade
liefert
Alois Henschel & Co.
Breslau, Brunnenstr. 34 — Tel. 307 85

Reichs-Arbeitersporttag
Stadion Waldenburg

Sonntag, 23. Juni
von früh 6 Uhr bis 11 Uhr,
nachmittags von 2.30 Uhr bis 6.30 Uhr.

Darbietungen:
Wettläufe, Schachturnier, Rassen-Freiwüngen, Fuß-
ballspiel, zwei Handballspiele, schwimmportliche Dar-
bietungen, Rassenreiten der Radfahrer, Rittturnier
(Schach), Ringen (Dittersbad—Breslau), Gewichtheben,
Staffelläufe, Jugendläufe, Freilichtspiele, Sondervor-
führungen der Turner, Radfahrer, Kraftsportler.

TANZ im „Edelstein“

Sonnabend 18 Uhr Schüler-Wettläufe im Stadion, um
20 Uhr Vorlampabend Waldenburg—Liegnitz.
Eintritt ins Stadion: 50 Pf. für Erwachsene, 30 Pf. für
Erwerbstlose gegen Ausweis, 10 Pf. für Kinder.

Arbeiter-Sportkartell
Waldenburg, Salzbrunn, Dittersbad

Schuh-Reparaturen
Schuh-Färberei — Crepe-Besohlung
Stiebelbesohlen in 20 Minuten
nur bei
Schuhinstanzsetzungs-Betrieb
**„HANS A“ G.M.
B.H.**
Herzogstr. 36 (Ecke Hauptstr.) | Gröbdenstr. 16
Matthiasstr. 128 | Riesenstr. 27
Friedrich-Wilhelm-Str. 25 | Canentzenstr. 150
Hendelstr. 98 | Adalbertstr. 17
Bobruzerstraße 30

Max Schönfelder
Kaffee-Rösterer — Albrechtstraße 56
veranstaltet Freitag, den 21. Juni und die folgenden Tage
einen großen Reklame-Verkauf
weiter

Röstkaffee - Mischungen
Es seien zunächst die anerkannt führenden Marken ge-
nannt:
Ebel-Mischung je-Pfd. M. 4.—
Karlsbader Mischung à la Café Pupp, Karlsbad „ 3.60
Wiener Mischung „ 3.20
Brasilianische Jubiläumsmischung I „ 3.—
Brasilianische Jubiläumsmischung II „ 2.70
Brasilianische Perl Mischung „ 2.80

Ferner bringe ich eine neue Braßilmischung unter der
Marke
Max Schönfelders Haushalt-Kaffee
heraus: das Pfund zu nur M. 2.40.

Der Preis stellt bei dem guten, kräftigen Geschmad und
dem wundervollen Aroma dieser neuen Mischung eine
Spitzenleistung im Röstkaffee-Handel
dar. Um jeden Interessenten von der Güte meiner neuen
Haushalt-Mischung, das Pfund M. 2.40
zu überzeugen, verabsichere ich gratis trinfertige Kost-
proben.

Ferner mache ich auf den zu gleicher Zeit stattfindenden
großen Werbe-Verkauf für Tafelkäse
aufmerksam und biete als ganz besonders billig von nur
anerkannt guten Qualitäten u. a. an:

Ia. **Edamer Käse**, vollfästig, hart
1 Pf. M. 0.75, die Angel etwa 3 1/2 Pf., je Pf. M. 0.73.
Ia. **Gouda-Käse**, butterweich und mild
1 Pfund M. 0.75, von 5 Pfund ab das Pfund M. 0.73.
Ia. **Schweizer Käse**, fästig, hart und mild
1/2 Pfund 37 Pf., 1/2 Pfund M. 0.72, 1 Pfund M. 1.42,
3 Pfund M. 4.20.

Für die heiße Jahreszeit empfehle ich ganz besonders:
Ia. **Leberwurst** von Saueremann, Kulmbach, in Dosen
die 1-Pfd.-Dose ca. 400 g Inhalt M. 0.45, 3 Dosen 1.30,
5 Dosen M. 2.10.
die 1/2-Pfd.-Dose ca. 190 g Inhalt M. 0.25, 3 Dosen 0.72,
5 Dosen M. 1.15.

Ferner meine reichhaltige Auswahl in Dosen-
Konferven ufm.
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterer :: Tee-Import
Waren-Verkauf-Haus und Weintraubhandlung
Breslau I, Albrechtstraße 56